

Vertraulich/Confidentiel
3003 Bern, 12. Oktober 1992

NATIONALRAT
Aussenpolitische Kommission (APK)

PROTOKOLL der Sitzung vom 13. August 1992,
09.30 - 12.40 Uhr und 14.00 - 17.50 Uhr
in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer 3

TEILNEHMER Präsidium: Rychen

Anwesende Mitglieder: Aubry, Bär, Bäumlín,
Berger, Bircher Silvio, Caccia, Columberg,
Eggly, Frey Claude, Frey Walter,
Grendelmeier, Haller, Maitre, Moser,
Mühlemann, Nabholz, Rebeaud, Ruffy,
Scheidegger, Segmüller, Steffen, Vollmer,
Wyss Paul

Entschuldigt:
Fischer-Hägglín (ersetzt durch
Bortoluzzi)
Oehler (ersetzt durch Stamm Judith)
Ziegler Jean (keine Vertretung)

Weitere Teilnehmer:
Vormittag:
Delegation der SPK-N:
Zölch (Präsidentin), Borel, Fischer-
Seengen, Guinand, Stamm Judith

Bundesrat Koller, Vorsteher EJPD
H. Koller, Direktor BJ, EJPD
O. Jacot-Guillarmod, Vizedirektor BJ, EJPD

Ganztags:
Botschafter Spinner, Integrationsbüro
EDA/EVD
Botschafter Krafft, EDA, Direktion für
Völkerrecht
R. Stücheli, EDA

Nachmittag:
Bundesrat Delamuraz, Vorsteher EVD
Staatssekretär Blankart, Bawi
Staatssekretär Kellenberger, EDA
Minister Colombo, Integrationsbüro EDA/EVD
Minister Egger, Integrationsbüro EDA/EVD
D. Felder, Integrationsbüro EDA/EVD
R. Bärffuss, Integrationsbüro EDA/EVD
T. Mauron, Biga, EVD



TAGESORDNUNG

1. 92.052 EWR-Abkommen, Fortsetzung der kapitelweisen Beratung der EWR-Botschaft (Kapitel 4 bis 7)
2. 92.052 Bundesbeschluss über den EWR (s. Hauptprotokoll vom 17.8.1992)
3. Vorbereitung der Sitzung vom 17.8.1992
4. Verschiedenes

ORDRE DU JOUR

1. 92.052 Accord sur l'EEE
Poursuite de l'examen chapitre par chapitre du message relatif à l'EEE (chapters 4 à 7)
2. 92.052 Arrêté fédéral sur l'EEE (v. Procès-verbal principal du 17.8.92)
3. Préparation de la séance du 17.8.92
4. Divers

Sekretariat: A. Aebi, M.A. Hutter,
P. Weber

Protokoll: C. Lombard (d), G. Québätte (f)

1. Kapitelweise Beratung der EWR-Botschaft

Präsident: Die Frage des Abstimmungsdatums - die allerdings in der Kompetenz der Regierung liegt - und der Beratung des Integrationsberichtes sind noch umstritten.

Columberg: Antrag: Dem Büro ist zu beantragen, dass die Reihenfolge der Beratung umgekehrt werde und im Rat zuerst die EWR-Botschaft und an zweiter Stelle der Integrationsbericht behandelt werde. Dadurch können die beiden Dinge entflochten werden, was Not tut.

Herr **Frey Walter** stellt den Gegenantrag.

Der Antrag wird vor Traktandum 1.2 behandelt werden.

Die Kommission beschliesst mit 9 : 4 Stimmen, dass Herr **Frey Walter** verschiedene Informationsfragen unter Traktandum 1.2 stellen könne.

1.1 Kapitel 5 der EWR-Botschaft (Genehmigungsbeschluss)

Bundesrat Koller: Der Bundesrat beantragt Ihnen neben der Genehmigung des EWR-Abkommens und der beiden Abkommen zwischen den Efta-Staaten, die Bundesverfassung um zwei Übergangsbestimmungen zu ergänzen.

Artikel 20 soll es der Bundesversammlung erlauben, die auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des EWR-Abkommens notwendigen Rechtsänderungen unter Ausschluss des fakultativen Referendums zu beschliessen, Artikel 21 soll die Mitwirkungsrechte der Kantone bei Fragen der europäischen Integration verfassungsrechtlich verankern.

Der EWR-Vertrag beinhaltet die Übernahme des Acquis communautaire, der 1590 EWR-Rechtsakte umfasst und daher zweifellos die grösste Rechtsübernahme darstellt, die wir seit Gründung unseres Bundesstaates zu vollziehen hatten. Dem Bundesrat und auch der Kommission Zimmerli/Leuba ist relativ rasch klargeworden, dass diese einmalige Rechtsrezeption nicht mit dem normalen Gesetzgebungsverfahren zu bewältigen ist. Dieses besteht darin, dass bei Abschluss eines Staatsvertrages unser nationales Recht angepasst wird und anschliessend die Ratifizierung erfolgt. Aus zeitlichen Gründen und - was aus Sicht des Bundesrates noch wichtiger ist - weil es sachlich vollständig inadäquat gewesen wäre, kommt das normale Übernahmeverfahren nicht in Frage. Man hätte sich fragen müssen, was die Auswirkungen gewesen wären, wenn eines dieser siebenzig neu zu erlassenden oder zu ändernden Gesetze in einem Referendum abgelehnt worden wäre. Es war deshalb klar, dass ein besonderes Gesetzgebungsverfahren für die Übernahme dieses EWR-Rechtes entwickelt werden musste.

Der Bundesrat hat der Verwaltung für diese Arbeit vier Leitplanken vorgegeben: die Prinzipien der Vertragstreue, der Transparenz, der Rechtssicherheit sowie der Achtung der bestehenden demokratischen und föderalistischen Kompetenzordnung.

Vertragstreue: Unser Land hat den Ruf und die Geltung eines Staates, der es mit den eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen ernst meint. Uns schien dieser Gesichtspunkt im Hinblick auf das EWR-Abkommen besonders wichtig, weil die Schweiz im Verlaufe der EWR-Verhandlungen den Ruf erhielt, be-

sonders hart zu verhandeln. Meine Kontakte auch mit ausländischen Kollegen haben mir immer wieder gezeigt, dass man weiss, dass die Schweiz zwar hart verhandelt, aber die unterzeichneten Verträge dann auch einhält. Es wäre fatal, den Ruf der Vertragstreue leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Das EWR-Abkommen hält in Artikel 3 selber fest, dass die Mitgliedstaaten alles zu unternehmen haben, um das Abkommen zu erfüllen, und alles zu unterlassen haben, was seine Verwirklichung gefährden könnte. Zu diesen vertraglichen Verpflichtungen gehört die fristgerechte Einführung des Acquis communautaire. Artikel 119, Artikel 129 Absatz 3 und das Protokoll 1 Ziffer 11 verankern unmissverständlich, dass der Acquis auf das Inkrafttreten des EWR-Abkommens ins Landesrecht eingeführt werden muss. Ausgenommen hiervon sind einzig jene Bereiche, für welche in den Anhängen oder Protokollen ausdrücklich Übergangsfristen vorgesehen sind. Die uns in zähen Verhandlungen zugestandenen Übergangsfristen haben daher auch nach Treu und Glauben nur dann eine Berechtigung, wenn die Schweiz bereit und in der Lage ist, in denjenigen Bereichen, in denen keine Übergangsfristen erreicht werden konnten, die notwendigen Gesetzesänderungen rechtzeitig, d. h. nach dem jetzigen Fahrplan auf den 1.1.93 zu realisieren. Wir stellen diesbezüglich keinen Sonderfall dar. Meine Kontakte mit den Justizministern aller Efta-Länder haben gezeigt, dass alle Efta-Länder zur Zeit daran sind, die gleichen Anstrengungen zu unternehmen, um diesen Acquis communautaire zeitgerecht in ihr Landesrecht einzuführen.

Transparenz: Der Bundesrat ist der Meinung, dass wir bei dieser sehr komplexen Materie in der Volksabstimmung nur dann eine Chance haben, wenn wir wirklich alle Karten offen auf den Tisch legen. Wir wollen nicht den Eindruck erwecken, das Volk müsse bei diesem historischen Vertrag die Katze im Sack kaufen. Es war uns von Anfang an klar, dass das Volk in voller Kenntnis aller Konsequenzen über die Genehmigung des EWR-Abkommens entscheiden können muss. Das wäre aber offensichtlich nicht der Fall, wenn die notwendigen Rechtsänderungen bei der Abstimmung noch nicht bekannt wären oder wenn hinterher durch Referenden wieder daran gerüttelt werden könnte. Wir haben auch die Möglichkeit, diese Rechtsübernahme mit dringlichem Recht nach Artikel 89bis BV zu realisieren, bewusst ausgeschlossen, denn solche dringliche Bundesbeschlüsse sind zu befristen. Hier geht es aber um die Übernahme von Recht, das dauernd gelten muss. Die Transparenz verlangt es, dass das Volk den Preis kennt, der für die Vorteile des EWR-Abkommens zu bezahlen ist. Es muss klar sein, dass unser Landesrecht in vielen Bereichen bereits auf das Inkrafttreten des EWR-Abkommens angepasst werden muss und dass das EWR-Abkommen und die einführende Gesetzgebung ein Ganzes bilden. Ein Ja-aber ist nicht möglich.

Rechtssicherheit: Nur wenn wir diese notwendigen Rechtsänderungen tatsächlich auf das Inkrafttreten des EWR-Abkommens beschliessen und bekannt machen, haben die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die notwendige Rechtssicherheit. Andernfalls entstünde grösste Rechtsunsicherheit. Unser Land lebt zwar nach der monistischen Rechtstradition, d. h. rein theoretisch könnte argumentiert werden, dass mit der Volksabstimmung über das EWR-Abkommen automatisch alles unmittelbar anwendbare EWR-Recht Bestandteil unseres Landesrechts werde, aber da die Frage, welche Bestimmungen unmittelbar anwendbar seien, in vielen Einzelfällen kontrovers ist, bis sie von den Gerichten letztinstanzlich

entschieden ist, wäre die Folge eine grosse Rechtsunsicherheit. Zudem möchten wir auch, dass unsere Bürgerinnen und Bürger von den Vorteilen, die ihnen das EWR-Abkommen gewährt wird, ab sofort profitieren können. Wir möchten beispielsweise, dass die Frauen ab 1.1.93 gleiche Krankenkassenprämien bezahlen oder dass die Produkthaftpflicht dann gilt.

Es entspricht einer ständigen schweizerischen Praxis (die sich mit derjenigen des Europäischen Gerichtshofes deckt), das Landesrecht im Interesse der Rechtssicherheit möglichst mit dem Völkerrecht zu harmonisieren, also landesrechtliche Bestimmungen aufzuheben, wenn sie direkt anwendbaren Völkerrechtsbestimmungen widersprechen. Denn der Rechtsuchende wird sich auch nach Inkrafttreten des EWR-Vertrages in erster Linie an der ihm vertrauten schweizerischen Rechtsordnung orientieren. Es ist ihm nicht zumutbar, dass er sich zuerst im EWR-Abkommen und allen seinen Protokollen und Zusätzen nach seinem Recht erkundigt.

Achtung der bestehenden demokratischen und föderalistischen Kompetenzordnung: Wir wollten durch den EWR-Vertrag die Rechtszuständigkeiten der Bundesversammlung und die föderalistische Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen nicht antasten. Wir gehen davon aus, dass es Sache des Bundes ist, sein Recht anzupassen und Sache der Kantone, ihr Recht dem EWR-Abkommen anzupassen. Wir haben uns auch bemüht, die Volksrechte so weit als möglich zu wahren. Andererseits wollten wir aber auch keine Volksrechte vorgaukeln, wo sie in Wirklichkeit nicht zum Zuge kommen können.

Bei der näheren Ausarbeitung des Gesetzgebungsverfahrens haben sämtliche der zahlreichen vorgebrachten Modelle gezeigt, dass es keine Lösung gibt, die alle die vier Ziele vollständig realisieren lässt. Es bestehen teilweise Zielkonflikte, so z.B. zwischen der Vertragstreue, für Kühllastwagen künftig eine Breite von 260 cm zuzulassen, und dem vollständigen zur Geltung kommen lassen des Referendums gegen die entsprechende SVG-Änderung, dessen allfälliger Erfolg einen Konflikt zum EWR-Vertrag schaffen würde.

Es geht also um die Suche eines Optimums bezüglich der vier Ziele. Der Bundesrat ist zum Schluss gekommen, dass die beste Lösung darin besteht, davon auszugehen, dass es sich bei der Volksabstimmung zum EWR-Abkommen um einen Gesamtentscheid handelt. Wenn man den Vorrang des EWR-Rechtes annimmt, dann kann ein abweichendes Referendum im Bereich des unmittelbar anwendbaren Rechtes (der sehr gross ist) keine Geltung haben.

Andererseits hat der Bundesrat erkannt, dass es gilt, die Volksrechte möglichst wenig einzuschränken, wenn sie schon eingeschränkt werden müssen. Wir haben deshalb den Ausschluss des fakultativen Referendums für die notwendigen Anpassungserlasse in zweierlei Hinsicht eingeschränkt: zeitlich, indem nur jene Rechtsänderungen vom Parlament endgültig verabschiedet werden können, die zusammen mit dem EWR-Abkommen in Kraft treten müssen, und materiell, indem nur jene Erlasse, die zur Realisierung des EWR-Abkommens unbedingt notwendig sind, in diesem Verfahren durchgeführt werden dürfen.

Die zeitliche Beschränkung bietet keine besonderen Probleme. Wo Übergangsfristen gelten, kommt das normale Gesetzgebungsverfahren zum Zug, und selbstverständlich auch bei der "new legislation", also bei EWR-Recht, das künftig beschlossen werden wird.

Schwieriger ist die materielle Abgrenzung in bezug auf des Kriterium der Notwendigkeit. Notwendig sind nach Auffassung des Bundesrates zunächst einmal Änderungen oder Aufhebungen von Gesetzesbestimmungen, die im Widerspruch zu direkt anwendbarem EWR-Recht stehen. Direkt anwendbar sind nach allgemein anerkannter Lehre und Praxis all jene Bestimmungen eines völkerrechtlichen Vertrages, die genügend bestimmt sind, dass sie als solche angewendet werden können und nicht noch einer konkretisierenden Ausführung durch den nationalen Gesetzgeber bedürfen. So sind z.B. das Gebot der gleichen Krankenkassenprämien für Frau und Mann und die Bestimmungen über Länge und Breite der Fahrzeuge zweifellos unmittelbar anwendbar. Im übrigen ist nicht allein auf die Rechtsform der Erlasse abzustellen, obwohl in den Verträgen im Sinne einer Typenbildung gesagt wird, die Verordnungen seien unmittelbar anwendbar, die Richtlinien dagegen nicht. Dies ist heute überholt. Die Rechtsprechung hat auch Richtlinien, wenn sie im genannten Sinn genügend bestimmt sind, als unmittelbar anwendbar erklärt.

Die siebenzig beteiligten Bundesämter haben sich sicher Mühe gegeben, das Kriterium der Notwendigkeit loyal zu handhaben. Ich habe aber schon anlässlich der Präsentation der Eurolex-Vorlagen gesagt, dass Grenzfälle bestehen. Es ist Aufgabe der ständigen Kommissionen, diese Grenzfälle parlamentarisch zu beraten. Für uns war z.B. von Anfang an klar, dass es bei der sanktionellen Absicherung des neuen Konsumkreditgesetzes, das wir schaffen müssen, eine Ermessensfrage ist, ob diese nur mit zivilrechtlichen oder auch mit strafrechtlichen Sanktionen geschehen soll. Dies war durch das EWR-Recht nicht vorgegeben. Wir hielten uns an unsere innerstaatlichen Leitprinzipien. Es hat sich gezeigt, dass der Gestaltungsspielraum, den wir bei der Übernahme des EWR-Rechtes haben, vor allem in organisatorischen Lösungen, in gesetzgeberischen Optionen und in den Sanktionen besteht, während wir im materiellen EWR-Recht relativ wenig Gestaltungsfreiheit haben.

Zu Artikel 21: Da die Kantone bei der Weiterentwicklung des EWR-Rechts nicht mehr im herkömmlichen Vernehmlassungsverfahren angehört werden können, rechtfertigt sich politisch sicher eine Bestimmung, welche diese Anhörung der Kantone bei der Durchführung und Weiterentwicklung des EWR-Rechtes sicherstellt. Wir haben diese Fragen der Übernahme des EWR-Abkommens mit den Kantonen im Kontaktgremium glücklicherweise sehr früh gründlich vorbereitet. Es konnte ein Konsens gefunden werden, dass dieses Informations-, Anhörungs- und Beizugsrecht bei der Weiterentwicklung und Durchführung des EWR-Rechtes und überhaupt bei Fragen der europäischen Integration politisch richtigerweise in diesen Übergangsbestimmungen sicherzustellen sei. Dagegen hat der Bundesrat gegenüber weitergehenden Begehren der Kantone immer opponiert. Zum Beispiel wurde das Begehren gestellt, im eigenen Kompetenzbereich ein Vetorecht zu haben. Dies hätte einen Eingriff in die auswärtige Gewalt und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen dargestellt, wie sie sich aus der heutigen Verfassung ergibt, und ginge auch auf Kosten der Rechte des Parlamentes und des Volkes. Wir haben im Kontaktgremium glücklicherweise Verständnis dafür gefunden, dass wir es im Rahmen des EWR-Abkommens bei diesem Artikel 21 bewenden lassen wollen. Andererseits haben wir den Kantonen zugesichert, dass wir beim nächsten Integrationsschritt, wenn es um die Bei-

trittsfrage geht, die Frage der Mitwirkung der Kantone neu regeln müssen. Dies wird der Moment sein, um die Frage von Länderbeteiligungsrechten, wie sie das österreichische und das deutsche Recht (im Rahmen der Maastrichter-Verträge) realisierte, wieder aufzunehmen.

Der Bundesrat war sich bewusst, dass der Ausschluss des fakultativen Referendums für die mit dem Inkrafttreten notwendigen Rechtsänderungen politisch eine gewisse Belastung darstellt. Andererseits darf diese Frage der direkten Demokratie nicht einfach verdrängt werden. Politisch wäre es erwünscht, dass einfach alles beim Alten bliebe. Dem Bundesrat war klar, dass dem Volk diesbezüglich klarer Wein eingeschenkt werden muss. Bei einem allfälligen EG-Beitritt muss die Frage der direkten Demokratie überarbeitet werden. Ich habe Professor Aubert bereits einen entsprechenden Auftrag erteilt. Ich bin in diesem Rahmen auch allen neuen Ideen gegenüber, z.B. der Idee eines konstruktiven Referendums, durchaus offen, weil es für die Schweiz eine zentrale Frage ist, wie wir die direkte Demokratie im Rahmen der europäischen Integration zur Geltung bringen können. Vorläufig sind wir mit Liechtenstein das einzige Land, das über das EWR-Abkommen Volk und Stände entscheiden lässt. Beim nächsten Schritt werden wir innovative Anpassungen unserer direkten Demokratie an die europäische Integration miteinander besprechen und realisieren müssen. Der Bundesrat hat gesehen, dass alle anderen Vorschläge auch ihre Angriffsflächen haben. Das haben die Diskussionen in den Staatspolitischen Kommissionen gezeigt. Ich bin daher nach wie vor überzeugt, dass die bundesrätliche Lösung die am wenigsten schlechte Lösung ist. Ich bin überzeugt, dass das Volk durchaus Verständnis dafür hat, dass es, wenn es das EWR-Abkommen in einer Volksabstimmung annehmen will, dann auch die Konsequenzen tragen muss. Ich gebe aber zu, dass es Bereiche gibt, in denen wir eine gewisse Gestaltungsfreiheit haben. Diese müssen optimal genutzt werden, wie dies die Staatspolitische Kommission möchte, auch wenn dann andere Ziele wie die Vertragstreue und die Rechtssicherheit etwas weniger optimal realisiert werden können. Der historische Grundentscheid, den wir zu treffen haben, ist EWR-Abkommen Ja oder Nein. In dem Bereich, den wir jetzt diskutieren, geht es letztlich um zweitrangige Fragen, weil der Grundentscheid um die Teilnahme an dem gemeinsamen Markt geht. Falls wir diese wollen, müssen wir auch die Spielregeln übernehmen. Bei diesen rechtstechnischen Fragen sollten Konsenslösungen gefunden werden, damit den Leuten nicht wegen eines langen Streites der Blick für den Gesamtentscheid verdunkelt wird.

Zölch: Ich danke, dass wir hier vor Ihrer Kommission die Beschlüsse der Staatspolitische Kommission zu den Artikeln 20 und 21 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung darlegen können (Text der Anträge siehe Beilage 4).

Unsere Kommission tagte am 9./10. Juli und gab am 10. Juli ihre Beschlüsse den Medien bekannt. Am ersten Sitzungstag hörten wir zu Artikel 20 folgende Experten an: Prof. Aubert (Neuenburg), Prof. Kälin (Bern), Prof. Kölz (Zürich). Dr. Hans-Jörg Seiler (Leiter eines Forschungsprojektes an der ETH Zürich), Dr. Silvano Möckli (Lehrbeauftragter für Politikwissenschaften, Hochschule St. Gallen). Zu Artikel 21 hörten wir Dr. Kurt Jenni,

Präsident der Koordinationskommission des Kontaktgremiums der Kantone an.

Es gilt festzuhalten, dass auch unsere Kommission zum Schluss gekommen ist, dass es im Spannungsfeld zwischen der Erhaltung der Volksrechte einerseits und der Übernahme des Acquis communautaire andererseits das "Ei des Kolumbus" wohl nicht gibt.

Die Anträge, die wir zu diskutieren hatten, lassen sich folgendermassen einordnen:

1. Zuerst lag die Lösung des Bundesrates auf dem Tisch, wie sie vorhin dargelegt wurde und wie sie im Entwurf des Genehmigungsbeschlusses niedergeschrieben ist, d. h. Abschluss des fakultativen Referendums in bezug auf Eurolex.
2. Aus der Mitte der Kommission kamen Anträge, die das Modell Zimmerli/Kälin umsetzen wollten, d. h. : obligatorisches Referendum auch für die Gesetzesänderungen, aber in einem Gesamtpaket mit der Genehmigung des EWR-Abkommens.
3. Anträge, die das ordentliche Gesetzgebungsverfahren beibehalten wollten, d. h. : Streichung von Artikel 20 der Übergangsbestimmungen.
4. Das Modell der ständerätlichen Staatspolitische Kommission, d. h. die von der Bundesversammlung beschlossenen und auf das Inkrafttreten des EWR-Abkommens notwendigen Änderungen des Bundesrechtes sollen zusammen mit dem EWR-Vertrag in Kraft treten, aber gegen einen Erlass kann nachträglich das Referendum ergriffen werden.

Zwei weitere zusätzliche Anträge verlangten Änderungen der Artikel 89ter und Artikel 89quater BV und damit die Einführung eines konstruktiven Referendums resp. einer Art Euro-Gesetzesinitiative. Diese beiden Vorschläge liegen in Form von Minderheitsanträgen noch auf dem Tisch und werden anschliessend von Herrn Borel vertreten werden.

Eine weitere Frage stellt sich anhand eines Antrages, nämlich die, ob der Grundsatz, wonach europäisches Recht Landesrecht breche, noch ausdrücklich in die Übergangsbestimmungen der Verfassung aufgenommen werden sollte.

Ein Kommissionsausschuss, in dem alle Fraktionen mit einem Mitglied vertreten waren (der identisch ist mit der hier anwesenden Delegation), erarbeitete gestützt auf diese Vorschläge einen weiteren Vorschlag zuhanden der Kommission, der dann auch eine Mehrheit fand.

In der Diskussion liessen wir uns von den vorhin von Bundesrat Koller erläuterten Prinzipien leiten:

- Garantie der Vertragstreue
- Garantie einer möglichst hohen Rechtssicherheit
- möglichst hohe Transparenz
- Wahrung der Volksrechte.

Zu unserer Lösung, wie wir sie dem Parlament als Antrag vorlegen werden: Mit Artikel 19bis wollen wir im Sinne einer möglichst hohen Transparenz Klarheit darüber schaffen, dass übergeordnetes EWR-Recht den Vorrang gegenüber dem Landesrecht hat., d. h. dass

- a) sämtliche Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden kein Recht mehr setzen können, dass dem EWR-Recht widerspricht,
- b) dass Erlasse, die dem EWR-Recht widersprechen, nicht mehr angewendet werden dürfen. Gerichtsinstanzen dürfen keine Normen mehr anwenden, die dem EWR-Recht widersprechen.

Dies bedeutet für die Volksrechte:

- a) Initiativen müssen vermehrt einer Prüfung der Vereinbarkeit mit EWR-Recht unterzogen werden.
- b) Referenden werden mindestens dort fragwürdig, wo es um unmittelbar anwendbares EWR-Recht geht.

Eine Bestimmung auf Verfassungsebene ist nach unserer Auffassung insbesondere aus zwei Gründen nötig:

1. Weil zum Ausdruck gebracht werden muss, dass in Zukunft das Referendum in EWR-Belangen nur noch dort voll zum Tragen kommt, wo es sich nicht um unmittelbar anwendbares Recht handelt.
2. Artikel 113 Absatz 3 und Artikel 114bis Absatz 3 der Bundesverfassung sehen vor, dass das Gesetzesrecht (d. h. Landesrecht) für das Bundesgericht massgebend sei. Um das Bundesgericht vom Dilemma zu befreien, späteres Landesrecht, das in Kollision mit dem EWR-Recht steht, anzuwenden, ist es notwendig, diesen Artikel 19bis auf Verfassungsebene aufzunehmen. Damit werden Artikel 113 Absatz 3 und Artikel 114bis Absatz 3 der Bundesverfassung relativiert (Schubert-Fall).

In Artikel 20 unseres Vorschlages legen wir in Absatz 1 zuerst einmal fest, dass die von der Bundesversammlung beschlossenen und auf des Inkrafttretens EWR-Abkommens notwendigen Änderungen des Bundesrechtes zusammen mit dem Abkommen in Kraft treten. Die Kommission wollte sicherstellen, dass der Bundesrat ratifizieren kann und dass die Vertragstreue eingehalten werden kann. Mit Absatz 2 wird das nachträgliche Referendum eingeführt, wobei ebenfalls in Sinne einer grösstmöglichen Transparenz klar festgelegt wird, dass ein Erlass, gegen den das Referendum ergriffen wird und der dann vom Volk abgelehnt wird, unverzüglich ausser Kraft tritt.

Um ganz klar zu sein, legt dann Absatz 3 unseres Vorschlages ausdrücklich fest, dass für die übrigen Änderungen des Bundesrechtes im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen das normale Gesetzgebungsverfahren gilt.

Gleichzeitig mit den von uns vorgeschlagenen Artikeln 19bis und 20 schlagen wir mit einer parlamentarischen Initiative die Einführung des konstruktiven Referendums vor. Die Kommissionsmehrheit wollte damit ein klares politische Zeichen in die Richtung geben, dass Volksrechte qualitativ verbessert werden sollten; dies praktisch als Kompensation zu einem gewissen Abbau der Volksrechte, wie er durch die Übernahme des Acquis communautaire bedingt ist.

In der Abstimmung wurden Artikel 19bis und 20 mit 22 : 2 Stimmen angenommen. Der Vorschlag für eine Einführung des konstruktiven Referendums, also die parlamentarische Initiative unserer Kommission, wurde mit 17 : 3 (4 Enthaltungen) beschlossen.

Zu Artikel 21 liess sich die Kommission von den Ausführungen von Herrn Jenni leiten, wonach "die Mitwirkung der Kantone bei der Entscheidungsvorbereitung sichergestellt werden muss". Er führte aus, Artikel 21 dürfe auf keinen Fall verwässert werden. Er sagte aber namens der Koordinationskommission auch, dass man mit diesem Vorschlag leben könne.

Ein Antrag Ruckstuhl, der die Stellung der Kantone stärken wollte, wurde zurückgezogen, so dass der Vorschlag des Bundesrates letztlich in unserer Kommission nicht mehr bestritten war.

M. Borel: J'ai pour tâche de défendre deux minorités auxquelles j'appartiens. L'une propose de faire voter le peuple en même temps sur l'adhésion à l'EEE et sur le principe du référendum constructif et d'y adjoindre la possibilité de lancer des initiatives législatives dans le cadre de l'adaptation de notre droit au droit européen (v. annexes 2 et 3).

Sur la première proposition dont je suis le premier signataire, sur le fond, puisque j'ai eu la chance de convaincre la majorité de la commission de la nécessité à terme d'introduire cette modification dans la Constitution, je laisserai Mme Stamm développer les arguments de la majorité de la commission. La différence entre la majorité et la minorité de la commission se situe uniquement dans le moment de l'entrée en vigueur de cette disposition. La majorité estime qu'il faut lancer l'idée mais que les modalités d'application doivent encore être étudiées par les commissions et par le plénum avant de soumettre au peuple l'introduction de cette norme dans la Constitution. La présidente de la Commission des institutions politiques a dit que la majorité de la commission estimait indispensable de donner le signe clair au peuple que la diminution des droits populaires impliquée par notre intégration européenne pouvait être complétée par une augmentation qualitative de ces droits populaires par l'introduction de ce référendum constructif. La minorité estime que ce signal ne doit pas être donné simplement sous forme d'initiative parlementaire, qui est certes un signal pour le corps électoral mais pas une garantie, mais que cette proposition doit être formellement faite pour que le peuple sache lorsqu'il votera en décembre ou en avril et qu'il puisse simultanément dire oui nous adhérons à l'EEE et oui nous améliorons qualitativement notre droit de référendum. Si la majorité de la commission s'était ralliée à notre point de vue nous aurions pu imaginer que la législation d'application se fasse au même rythme que l'EUROLEX d'ici aux votations populaires et qu'on ait une possibilité d'appliquer ce référendum constructif y compris pour le paquet EUROLEX. Maintenant, même si le plénum se ralliait à notre proposition de minorité il faudrait renoncer à cette hypothèse, mais malgré tout nous aurions l'avantage d'avoir une proposition ferme et définitive qui s'inscrirait dans la Constitution, les modalités d'application ne pouvant pas être appliquées au premier paquet EUROLEX, mais aux modifications légales qui viendront par la suite d'une part en raison des délais que nous avons obtenus dans les négociations et d'autre part en raison de l'évolution du droit de l'EEE que l'on nous annonce déjà. Il nous paraît important que cette proposition, au niveau des droits populaires soit faite en même temps que la proposition d'adhésion à l'EEE. Le fait qu'elle soit combattue par les opposants à l'EEE prouve bien qu'on leur enlève ainsi un argument pour voter non.

M. Andreas Gross est le premier signataire de la deuxième proposition de minorité. Lors des hearings chaque professeur a amené un, voire plusieurs modèles de solutions. M. Jean-François Aubert de Neuchâtel a amené cette idée d'initiative législative dans le cadre de l'adaptation de notre droit au droit européen. M. Gross a repris cette idée. Il peut arriver qu'on ne soit pas satisfait de l'adaptation du droit européen parce que telle ou telle norme introduite par le Parlement ne convient pas et que l'on estime que l'on peut être contre tout

en respectant le droit européen. Il est alors légitime de lancer le référendum constructif tel que le propose la majorité de la commission, du moins sous forme d'initiative parlementaire, en disant que nous ne combattons pas le principe d'appliquer le droit européen, nous ne sommes pas anti-européens, mais nous contestons sur tel ou tel point l'application du droit européen en Suisse. Il peut arriver que l'on conteste l'application non pas parce qu'il y a quelque chose de trop, mais parce qu'il manque quelque chose. Dès lors le principe du lancement d'un référendum n'a pas de sens - il est toujours plus difficilement défendable de lancer un référendum en disant que nous sommes contre une loi parce qu'il y manque quelque chose - le contenu conviendrait aux initiants mais ils estimeraient que le droit européen permet une interprétation supplémentaire. Je vous rappelle que les textes européens prévoient toujours deux types de mesures: "Les Etats doivent ..." et "Les Etats peuvent...". C'est sur cette deuxième rubrique que l'on peut être satisfait ou non des solutions qui ressortent du Parlement. Si l'on regarde l'histoire de la Communauté européenne dont nous ne sommes pas membres et dont nous n'avons pas l'intention de devenir membre à court terme, nous constatons qu'aucun Etat n'est entré dans la CE sans prendre un certain nombre de mesures en parallèle, qui n'étaient pas imposées par cette adhésion mais qui s'imposaient politiquement pour rendre cette adhésion acceptable par leur population, alors qu'ils n'avaient la plupart du temps pas à encourir le risque de refus populaire, les parlements étant compétents. Il nous paraît important que si 50'000 citoyens estiment que pour rendre acceptable l'introduction d'une loi européenne il faut utiliser les possibilités offertes par le droit européen pour introduire telle ou telle norme supplémentaire, ils puissent le faire sous forme d'une initiative législative. Cette proposition devrait être faite en même temps que la proposition d'adhérer à l'EEE, raison pour laquelle la minorité Gross demande d'introduire également cette possibilité dans l'arrêté.

Stamm: Wie bereits ausgeführt, war sich die Staatspolitische Kommission einig darüber, dass sie für die Einschränkung der Volksrechte, wie sie die Übernahme des Europarechtes mit sich bringt, eine Kompensation offerieren möchte. Diese Kompensation fand sich in Form des konstruktiven Referendums. Dieses wurde von Herrn Borel vorgeschlagen und wird von einer Minderheit als Verfassungsänderung beantragt, über die gleichzeitig mit dem EWR-Beschluss abgestimmt werden soll. Diesem Vorgehen konnte sich die Mehrheit der Kommission nicht anschliessen, weil sie der Meinung war, der ganze Problembereich dieses doch neuen Instrumentes sei zuwenig durchdacht, und sie die Diskussion über den EWR-Beschluss nicht auch noch mit diesem Thema befrachtet haben wollte.

Es wäre möglich gewesen, dieses Anliegen dem Bundesrat in Form einer Motion oder eines Postulates zu überweisen. Aber die Staatspolitische Kommission zog es vor, die Regie in den eigenen Händen zu behalten. Sie wird die parlamentarische Initiative (siehe Beilage 1) dem Rat zur Vorprüfung unterbreiten und eine Kommission hat dann, falls der Rat zustimmt, innert zweier Jahre eine Vorlage zu unterbreiten. Dabei kann die Hilfe der

Verwaltung in Anspruch genommen werden, ohne dass der Bundesrat dann daran gebunden wäre.

Die europapolitische Diskussion hat uns den Anlass gegeben, das konstruktive Referendum in Betracht zu ziehen. Es wird aber auch für unsere allgemeine Gesetzgebung von Nutzen sein. Bei einem Beitritt zum EWR werden wir mehr als früher europäisches Recht in unser Landesrecht überführen müssen. Es gibt nicht direkt anwendbares Recht, das zwar fristgerecht umgesetzt werden muss, aber dem schweizerischen Gesetzgeber Gestaltungsspielraum überlässt. Im Abstimmungsverfahren lässt sich Zeit sparen, weil in einem allfälligen Referendum gleichzeitig ein europakompatibler Gegenvorschlag gemacht werden kann. Diese Möglichkeit, das Referendum zu ergreifen und gleichzeitig einen Gegenvorschlag zu präsentieren, ist auch für die übrige Bundesgesetzgebung eine interessante Mitwirkungsmöglichkeit des Volkes. Es wird nicht nur Zeit gespart, sondern die Mitwirkungsmöglichkeit wird erweitert. Es kommt immer wieder vor, dass ein ganzer Gesetzgebungskomplex wegen eines einzelnen Punktes ins Referendum gezogen wird oder dass völlig gegensätzliche Gruppierungen mit verschiedenen Interessen das Referendum ergreifen. Mit dem konstruktiven Referendum könnte ein Referendumskomitee klar ausdrücken, was ihm an einer Gesetzgebung nicht passt und bereits einen neuen Gesetzesvorschlag ausformulieren. Das konstruktive Referendum ist bereits im Zusammenhang mit der Berner Verfassung geprüft worden. Die Fragen, die sich stellen können, sind bekannt. Die Staatspolitische Kommission möchte sie gründlich prüfen lassen und hat sich deshalb für die parlamentarische Initiative entschieden.

Fischer-Seengen: Wir als Minderheit sind der Auffassung, diese Frage müsse umfassend durch den Bundesrat geprüft und in den Rahmen der Neuformulierung der Volksrechte eingebettet werden. Das Nein der Minderheit und die Enthaltungen bedeuten nicht, dass man grundsätzlich gegen die Einführung dieses neuen Volksrechtes ist, sondern dass man einen anderen Weg gehen möchte. Wir hätten es vorgezogen, den Bundesrat mit einer Motion zu beauftragen, diese Frage umfassend zu prüfen und dann dem Parlament vorzulegen.

M. Guinand: Au sujet de la solution que nous vous proposons à l'article 20 des dispositions transitoires, M. Koller a très bien résumé la situation devant laquelle le Conseil fédéral s'est trouvé face à, d'une part, la nécessité d'adapter notre droit suisse et, d'autre part, la nécessité de respecter notre démocratie directe. La solution du Conseil fédéral n'était pas nécessairement la moins mauvaise, mais elle a pour défaut majeur qu'elle est négative puisqu'on dit que le référendum ne peut pas être demandé. Pour les partisans de l'EEE et si on ne veut pas agrandir les rangs des opposants, il est nécessaire de trouver un compromis.

En réalité nous connaissons déjà cette solution de compromis, c'est celle appliquée dans les arrêtés fédéraux urgents. Lorsque le Parlement décide qu'un arrêté fédéral est muni de la clause d'urgence, cet arrêté entre immédiatement en vigueur, le référendum peut être demandé mais il n'a pas comme d'habitude un effet suspensif. Si le référendum aboutit, la votation est organisée et si le peuple dit non à l'arrêté fédéral, ce dernier cesse d'être en vigueur. C'est très exactement la

proposition que nous faisons puisque les arrêtés EUROLEX entreront en vigueur en même temps que le TEEE, comme s'ils avaient un caractère d'urgence, le référendum pourra être demandé, si le peuple dit non la loi cessera d'être en vigueur. Il y a toutefois deux différences importantes par rapport aux arrêtés munis de la clause d'urgence. La première est qu'un arrêté fédéral soumis à la procédure d'urgence doit être limité dans le temps; or les arrêtés EUROLEX ne sont pas limités dans le temps. La deuxième différence, encore plus importante, est qu'en cas de référendum qui aboutirait contre une disposition de l'EUROLEX, et conduirait le peuple à dire non à telle proposition d'adaptation du droit suisse au droit européen, la conséquence serait que l'arrêté fédéral cesserait d'exister mais n'empêcherait pas l'application directe du droit de l'EEE dans la mesure où celui-ci est directement applicable, ce qui pose de toute manière un problème d'interprétation.

Bundesrat Koller: Nachdem sowohl die ständerätliche wie auch die nationalrätliche Kommission diese Kompromissformel gefunden haben (wobei in der ständerätlichen Kommission nur über das allgemeine Prinzip diskutiert wurde), habe ich in beiden Kommissionen erklärt, dass angesichts der Wichtigkeit des EWR-Vertrages ein Kompromiss viel wichtiger sei als ein Streit über die persönlichen Präferenzen. Persönlich bin ich der Meinung, die bundesrätliche Lösung wäre besser gewesen. Wegen dieser Frage darf aber nicht die Hauptfrage noch wochenlang in den Hintergrund treten. Ich habe den Bundesrat in diesem Sinne orientiert, aber dieser hat noch keine Sitzung gehabt, so dass ich nur in meinem Namen sprechen kann. Wenn die Kompromissformel als Ganzes durchgeht, wird vermutlich auch der Bundesrat damit leben können. Es gibt keine Formel, die alle Ziele hundertprozentig realisiert. Die vorliegende Lösung ist vertretbar. Es ist wichtig, dass mindestens die EWR-Anhänger einen Kompromiss finden, hinter den sie alle stehen können.

Zum Verfahren

Stamm: Ursprünglich hiess es, die Staatspolitische Kommission verfasse einen Mitbericht zuhanden der Aussenpolitischen Kommission. Welche Kommission wird aber die staatspolitischen Fragen im Parlament vertreten?

Präsident: Antrag stellen wird die Aussenpolitische Kommission. Wir sind aber der Meinung, dass die Differenzen der Kommissionen auf der gleichen Druckfahne aufgeführt sein können.

Zölch: Unser Antrag der Staatspolitischen Kommission soll von uns selber im Parlament vorgestellt werden und auch auf der Druckfahne erscheinen. Nur ein Mitbericht wäre ungenügend. Wir sind so verblieben, dass die Kommissionen mindestens in dieser Frage gleichgestellt werden sollen.

M. Guinand: Nous avons fait nos propositions, votre commission pourra faire ses propositions, mais il serait souhaitable d'envisager le cas échéant que notre commission puisse examiner vos propositions auxquelles il sera peut-être possible que nous nous rallions. Ce serait une procédure d'élimination des divergences.

Nabholz: Diese Doppelstrategie irritiert mich. Die Aussenpolitische Kommission ist immer davon ausgegangen, dass es ihre Sache sei, den Bundesbeschluss im Rat zu vertreten, und dass die Staatspolitische Kommission ihren Antrag an uns stellt. Es entsteht sonst die unmögliche Situation, dass zwei gleichwertige Kommissionen unterschiedliche Anträge ins Ratsplenium tragen.

Vollmer: Ich teile die Meinung von Frau Nabholz. Die Frage ist diskutiert worden und es ist ein Entscheid gefällt worden. Auch das Büro hat entschieden und uns diesen Bundesbeschluss zur Beratung übertragen. Wir können die Anträge der Staatspolitischen Kommission als Bestandteil unserer Diskussion aufnehmen.

Zölch: Unsere Kommission hat beschlossen, ihre Anliegen gleichwertig vorzubringen. Wenn wir unsere Anträge nicht auf der gleichen Fahne darlegen können, bekommen wir Schwierigkeiten mit unseren Minderheitsanträgen, die von einem Mitglied der Aussenpolitischen Kommission aufgenommen werden müssten.

Stamm: Auch der Ständerat will die beiden Kommissionen gleichwertig behandeln.

M. Rebeaud: Je ne comprends pas ce qui s'est passé au niveau de la Commission des institutions politiques puisqu'elle a pris une décision qui contredit une décision du Bureau. Nous devons nous référer aux décisions du Bureau et votre commission n'a pas le droit de décider comment va se dérouler la procédure du moment qu'une décision a été prise.

Les propositions de minorités de la Commission des institutions politiques risqueraient théoriquement de disparaître, mais il y a peu de chance qu'elles ne soient pas reprises par la même minorité représentant les même partis dans notre commission de sorte que le problème serait réglé. Si ces propositions n'étaient pas reprises dans leur substance, il faudrait remonter jusqu'au Bureau pour qu'il prenne une autre décision.

M. Maitre: On est en train d'inventer une procédure entre commissions. Il faut se référer aux décisions du Bureau.

Präsident: Es wurde beschlossen, dass unsere Kommission federführend sei. Die Staatspolitische Kommission kann sich nicht von sich aus uns gleichsetzen. Es ist Sache des Büros, dieses Frage zu lösen.

Materielle Diskussion

Frey Walter: Ich freue mich über die Offenheit und den Mut, mit denen der Bundesrat an diese Problematik herangeht. Ich glaube nicht, dass wir bei der zukünftigen Entwicklung des Rechtes auf das normale schweizerische Rechtssetzungsverfahren abstützen können. Das Referendumsrecht wird eingeschränkt; da es sich nur noch im Rahmen des EWR-Rechts bewegen kann.

Zölch: (Auf eine Frage von Herrn Frey Walter) Unsere Lösung geht davon aus, dass ein Erlass, der in Kraft getreten ist und gegen den ein Referendum ergriffen wird, das erfolgreich ist, sofort ausser Kraft tritt. Dann müsste man prüfen, ob unmittelbar anwendbares EWR-Recht tangiert wird. Falls dies der Fall

ist, geht es dem Volksbeschluss vor. Ist es jedoch nicht unmittelbar anwendbares Recht, muss der Bundesrat einen Lösungsvorschlag suchen, der eurokompatibel ist.

Bundesrat Koller: (Zu Herrn Frey Walter) Wir schlagen nicht nur für die Weiterentwicklung des EWR-Rechtes das normale Gesetzgebungsverfahren vor, sondern auch für jenes Recht, für das wir Übergangsfristen ausgehandelt haben. Wir sind von folgender Überlegung ausgegangen: Beim Inkrafttreten des EWR-Abkommens übernehmen wir die Spielregeln, die in der EG während 40 Jahren entwickelt worden sind. Bei der Entwicklung des künftigen Rechts sind wir hingegen in einer ähnlichen Lage wie die anderen 18 Mitgliedstaaten. Da man bei Richtlinien zwei bis drei Jahre Zeit hat, um sie zu implementieren, wollen wir nicht päpstlicher sein als der Papst. Wir werden Zeit haben, um im Parlament Übernahmegesetze zu präsentieren, die dem Referendum unterstellt sind. Wenn sie vom Volk abgelehnt werden, können wir eine zweite Vorlage unterbreiten. Aber es ist klar, dass der Vorrang des Völkerrechts gilt.

Zum Beispiel der Lastwagenbreite: Wir revidieren zur Zeit das SVG und sehen dabei die Breite von 260 cm für Lastwagen vor. Nach erfolgreicher EWR-Abstimmung würde es im Parlament in die Schlussabstimmung gehen, danach würde die Referendumsfrist laufen. Hätte das Referendum Erfolg, so würde die Revision des SVG hinfällig und es würde das heute gültige SVG aufleben; aber dort, wo dieses in Konflikt mit unmittelbar anwendbarem Recht stünde (was bei den 260 cm Lastwagenbreite der Fall wäre), gälte dann das unmittelbar anwendbare EWR-Recht.

Gestaltungsspielraum besteht z. B. beim Bundesbeschluss über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmer, wo den Mitgliedstaaten nur ein Minimum an materiellen Bestimmungen vorgeschrieben wird. So können wir frei festlegen, ab welcher Betriebsgrösse Arbeitnehmervertretungen vorzusehen sind. Das Referendum hätte volle Geltung, weil wir, solange keine Regelung vor dem Volk Bestand hätte, nur mit der Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtung in Verzug kämen.

Bär: Wenn in Artikel 19bis im Interesse der Transparenz festgehalten wird, dass Gemeinschaftsrecht vor Landesrecht gehe, so kann der Eindruck entstehen, dass nur hier Völkerrecht Landesrecht breche, obwohl dies ein allgemeiner Grundsatz ist. Es stört mich schon lange, dass unser Bundesgericht unsere eigenen Gesetze nicht auf Verfassungswidrigkeit überprüfen kann. Dies müsste hier auch gerade korrigiert werden.

Nabholz: Anstelle von Artikel 19bis könnte in Artikel 20 Absatz 2 in einem Nachsatz gesagt werden, dass die direkte Anwendbarkeit des EWR-Rechts vorbehalten sei. Dies würde der Transparenz dienen.

M. Rebeaud: (à Mme Zölch) Selon vous la supériorité du droit international sur le droit suisse doit-elle être plus marquée que pour les autres contrats que la Suisse a avec d'autres Etats étrangers? Y a-t-il des supériorités supérieures à d'autres?

Bundesrat Koller: Da es sich um einen Vorschlag der Kommissionen handelt, muss ich Ihnen vor allem die Sicht der Staatspoli-

tischen Kommission des Ständerates wiedergeben. Die Kommission war anfänglich in der Frage des Ausschlusses des Referendums gespalten, bis man einsah, dass eine Konsenslösung gefunden werden musste. Man ging dann davon aus, dass, wenn der Vorrang des EWR-Rechtes hier nicht festgelegt wurde, dieser Lösung vorgeworfen werden könnte, man tue, als ob es sich um ein normales, voll wirksames Referendum handle.

Leider ist ja nicht einmal der Vorrang des Völkerrechtes unbestritten: es gibt nach wie vor eine bundesgerichtliche Rechtsprechung (Schubert-Praxis), die besagt, dass ein nationales Gesetz vorgeht, das von Parlament oder Volk bewusst erlassen wurde, wenn es in Konflikt mit einem älteren Staatsvertrag steht.

Die ständerätliche Kommission wollte diese Frage deshalb klarstellen und auch dem Bundesgericht bedeuten, dass für die Schubert-Praxis kein Platz mehr sei. Es müsste aber in den Räten klar gesagt werden, dass daraus nicht umgekehrt gefolgert werden könne, dass die Schubert-Praxis in allen anderen Fällen gelte.

(Zu Frau Nabholz) Ein entsprechender Antrag wurde von Herrn Nebiker bereits in der anderen Kommission mit wenig Erfolg eingebracht. Es müsste der Begriff des "unmittelbar anwendbaren Rechtes" eingeführt werden, ohne dass sich die Botschaft damit auseinandersetzt. Der Begriff ist zudem nicht absolut eindeutig.

Zölch: Ich teile die Meinung von Herrn Bundesrat Koller, dass das Referendum theoretisch auch bei unmittelbar anwendbarem Recht möglich ist.

Der Artikel 19bis hat zwei Komponenten. Einerseits sollte Transparenz geschaffen werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass das europäische Recht dem Landesrecht vorgeht. Darauf sollte, aus politischen Gründen, hingewiesen werden. Dazu kommt die Schubert-Praxis. Artikel 113 Absatz 3 der Bundesverfassung muss relativiert werden.

Herr Nebiker hat seinen Antrag aufgrund dieser Vorrangklausel nicht weiterverfolgt.

Grendelmeier: Es rächt sich, dass wir kein Verfassungsgericht kennen. Welches kann und wird die Rolle des Bundesgerichtes in diesem Falle sein?

Haller: Die jetzige Formulierung "Bund und Kantone sorgen dafür ..." weckt die Assoziation des Legiferierens. Der Konflikt liegt aber nicht auf dieser Ebene, sondern in der Frage, welches Recht gelten soll.

Nabholz: Die Gerichte müssen auslegen, welches EWR-Recht direkt anwendbar sei. Es sollte deshalb nur die direkte Anwendbarkeit des EWR-Rechts statuiert werden, ohne Qualifikation, ob die Normen direkt anwendbar seien oder nicht.

M. Ruffy: J'appuie la position de Mme Nabholz et l'encourage à formuler sa proposition. La proposition du Conseil fédéral était trop absolue en excluant toute possibilité de référendum. Nous sommes d'accord pour abandonner cette proposition. Celle qui nous est faite maintenant risque d'abuser le citoyen puisqu'elle offre la possibilité de lancer des référendums sur

des objets qui ne pourront pas être modifiés. C'est la pire des choses pour ceux qui devront défendre cet accord parce qu'il contiendra des éléments qui montrent bien qu'on a peur d'expliquer les choses, notamment la subordination du droit suisse au droit européen. Il ne s'agit pas de dire qui légifère, mais quel droit a la priorité sur l'autre.

M. Rebeaud: La meilleure manière de reformuler cet article est de le biffer tout simplement. On vient de nous confirmer qu'il donne une supériorité au droit international sur le droit suisse, plus absolue pour le droit européen que pour toutes les autres conventions que la Suisse aurait pu conclure. On donne avec cet article au Tribunal fédéral une indication comme quoi il ne peut pas considérer une nouvelle formulation de la loi suisse devant s'appliquer malgré un droit international contraire. C'est extrêmement fâcheux puisque les référendums dont on veut ouvrir la possibilité n'ont plus aucun sens. Si nous donnons cette priorité absolue au droit européen sur le droit suisse avant que les tribunaux se soient prononcés, on crée une supériorité du droit européen sur le droit suisse plus forte que la supériorité du droit suisse sur le droit cantonal. Certains Grands Conseils cantonaux ont décidé de lois sans être sûrs de leur conformité avec le droit fédéral. C'est le cas à Genève, on a appliqué plusieurs lois pas exactement conformes au droit fédéral et il a fallu attendre que le Tribunal fédéral tranche pour que le canton change ces lois. Il y a une instance au niveau européen pour faire ce travail, c'est la Cour européenne. Il faut lui laisser cette possibilité et ne pas s'autocensurer.

Ce qui me gêne également dans la formulation c'est que l'on demande aux cantons et à la Confédération de ne pas appliquer la loi suisse quand on dit: "le droit interne contraire ne serait pas appliqué". On laissera dans la loi des articles avec l'idée qu'on ne les appliquera pas. Il faudrait demander aux cantons et à la Confédération de supprimer ou de modifier les lois contraires au droit européen. Cela évitera une situation très difficile pour les juges qui devront à chaque fois contrôler si le droit suisse est conforme.

Vollmer: Ich verstehe den Artikel 19bis auch als Auftrag an die Kantone, ihr Recht anzupassen. Dieser Auftrag dürfte nicht untergehen.

Es fragt sich, ob im Interesse der Rechtssicherheit das ordentliche Referendumsverfahren beibehalten werden könnte, wenn in Artikel 20 ausdrücklich festgehalten wird, dass unmittelbar anwendbares EWR-Recht vorgehe. Andernfalls kann Recht in Kraft gesetzt und durch das Volk wieder ausser Kraft gesetzt werden, was zu grossen Unsicherheiten führen kann.

Segmüller: Der Artikel 19bis geht auf einen Antrag von mir zurück. Ich orientierte mich an den Beratungen der ständerätlichen Kommission. Die Lösung "Bundesrat pur" schien nicht verkäuflich. Wenn aber das fakultative Referendumsrecht gelten soll, braucht es ein Korrektiv, weil die Bürger sonst getäuscht würden. Gegen den Antrag Nebiker brachten Bundesrat und Verwaltung vor, dass es sich um Selbstverständlichkeiten handle, die nicht erwähnt werden müssten.

Es wird lediglich der Vorrang des EWR-Rechtes und nicht generell des Völkerrechtes stipuliert. Die Formulierung "Bund und Kantone sorgen dafür ..." meint in keiner Weise legislatorische Aufträge, sondern will die gerichtlichen Instanzen aller Ebenen einbinden, um Klarheit zu schaffen, weil die Gerichtspraxis des Bundesgerichtes zu unsicher ist.

Ich hatte meinen Antrag als Artikel 22 eingereicht. Die Verwaltung schlug vor, daraus einen Artikel 19bis zu machen.

Bircher: Antrag: Eine kleine Arbeitsgruppe soll eine neue Lösung für diese Artikel ausarbeiten.

Weber: Artikel 19bis statuiert den Vorrang des EWR-Rechtes ganz allgemein, also auch für später gesetztes EWR-Recht. Artikel 20 hingegen bedeutet eine Sonderregelung für Normen, die mit Inkrafttreten des EWR-Abkommens gesetzt werden. Dies wurde auch vom Direktor des Bundesamtes für Justiz vor der Staatspolitischen Kommission so ausgeführt.

M. Frey Claude: La proposition du Conseil fédéral est la plus claire et la plus honnête. L'article 19bis qui nous est proposé peut comme l'a dit M. Rebeaud être biffé. Tant et aussi longtemps que vous voudrez maintenir l'illusion du référendum sur l'acquis communautaire, vous pourrez constituer tous les groupes de travail que vous voulez, vous ne vous en sortirez pas. Est-ce vendable ou pas? C'est simplement comme ça. La marge de manoeuvre est faible et essayer de donner l'illusion qu'il y a une grande marge c'est tromper les gens.

On cherche des échappatoires: le référendum constructif! De quoi souffre notre pays? En particulier d'une incapacité de décider de plus en plus grande. Regardez l'utilisation quasi pléthorique du droit d'initiative et du droit de référendum. Avez-vous lu les arguments des opposants à la réforme du Parlement? Certains voulaient aller plus loin, d'autres moins loin. On aurait pu avoir deux référendums constructifs. Est-ce cela que vous appelez une amélioration qualitative des droits populaires? En suivant les propositions Gross-Borel vous aurez une initiative déguisée. Dans l'EEE le spectre des objets est très large ce qui ouvrira la porte à une quantité de propositions; ce sera l'embrouillamini programmé.

Plus on s'approche de la votation du 6 décembre, plus les partis gouvernementaux ont peur; on va reporter la date de la votation, on va éviter de traiter le rapport d'intégration, on va essayer un tas d'artifices alors que la seule chose serait d'avancer dans la clarté.

Je refuserai l'initiative parlementaire et les propositions de minorité sur le référendum constructif. Je soutiendrai la proposition du Conseil fédéral.

Haller: Der Einwand von Herrn Weber ist nicht unbedingt stichhaltig. Wir desavouieren den Bundesrat nur hinsichtlich der Referendumsmöglichkeiten beim Start zum EWR, also in jener Phase, die in Artikel 20 abgehandelt wird. Für die spätere Phase folgen wir dem Bundesrat.

Frey Walter: Die hier diskutierten Fragen haben für die Zukunft der Schweiz eine enorme Bedeutung. Es erstaunt mich, dass die Vorschläge für die Verfassungsgestaltung nach ihrer

"Verkäuflichkeit" beurteilt werden und nicht nach ihren Zielen und Inhalten.

Fischer-Seengen: Gemäss der Lösung des Bundesrates würde das Referendum dann ausgeschaltet, wenn kein Spielraum vorhanden ist und es keine andere Lösung gibt. Bei den meisten Eurolexänderungen besteht aber Spielraum. Dort ist es nicht gerechtfertigt, das Referendum auszuschalten, und deshalb haben wir eine Lösung gesucht, die es zulässt, die aber auch der Vertragstreue und der Rechtssicherheit Rechnung trägt.

Bundesrat Koller: Bei Artikel 19bis handelt es sich nicht um eine reine Kollisionsregel. Es soll eine Vorschrift an alle Staatsorgane sein, die Verpflichtungen des EWR-Vertrages landesintern zu realisieren. Lediglich der Schlusssatz ist die Kollisionsregel. In den Staatspolitischen Kommissionen war man der Meinung, dass das hier gesagt werden müsse, um die Schubert-Praxis des Bundesgerichtes ein für allemal abzustellen.

(Zu Frau Nabholz) Der Europäische Gerichtshof hat eine Rechtsprechung entwickelt, wonach bei Mitgliedstaaten, die einen gesetzgeberischen Auftrag innert einer gewissen Frist nicht erfüllen, das Prinzip selber jurisdiktionell angewendet wird.

(Zu Herrn Ruffy) Wir sind uns alle einig, dass dem Volk in dieser Frage nichts vorgemacht werden darf. Wir können es uns sicher nicht leisten, auf die Schubert-Praxis des Bundesgerichtes zurückzugreifen, obwohl dies politisch vielleicht angenehm wäre.

(Zu Herrn Rebeaud) Wenn wir den Vorrang statuieren, haben wir eine analoge Situation wie beim Grundsatz "Bundesrecht bricht Landesrecht". Es kommt vor, dass in Kantonen bundesrechtswidriges kantonales Recht ergeht, das dann vom Bundesgericht überprüft wird und das dann keine Anwendung finden kann, weil Bundesrecht vorgeht.

Wenn ein Referendum gegen eine Gesetzesänderung zustande kommt, so fällt diese dahin und das alte Recht lebt wieder auf. Aber jeder Bürger und jede Bürgerin kann dann vor den Gerichten und der Verwaltung geltend machen, er oder sie habe einen Anspruch auf das EWR-Recht. Dann stellt sich die Frage, ob es sich um unmittelbar anwendbares EWR-Recht handelt. Es gibt viele Grenzfälle, bei denen es zu Rechtsstreitigkeiten kommen kann, über die das Bundesgericht in letzter Instanz entscheidet. Wir haben deshalb in der Botschaft unter 1.91 klar gesagt: "Nach Ansicht des Bundesrates folgt aus dem Vorrang des Völkerrechtes, dass alle rechtsanwendenden Behörden Bestimmungen eines Bundesgesetzes, die dem EWR-Rechts widersprechen die Anwendung im konkreten Einzelfall versagen müssen." Dies gilt auch bei Widerspruch zwischen einem Staatsvertrag und einem späteren Bundesgesetz.

(Zu Herrn Vollmer) Wir sind der Meinung, dass es eine schlechte Lösung wäre, das normale Referendum walten zu lassen. Es würde bedeuten, dass nach einer Annahme des EWR-Vertrages am 6. Dezember und den Schlussabstimmungen des Parlamentes alle siebenzig zu ändernden oder neu zu schaffenden Gesetze nicht gelten würden, weil überall die Referendumsfrist liefe. Dies wäre ein schlechter Start, der auch der Solidarität mit den anderen Efta-Staaten zuwiderliefe, die auch alle Anstrengungen unternehmen, um die Anpassungen auf den 1.1.93 zu realisieren.

Der Antrag Bircher (Schaffung einer Arbeitsgruppe) wird ein- stimmig angenommen. Mitglieder: Haller, Nabholz, Bär, Segmüller

M. Guinand: Je ne suis pas membre de cette commission, mais je ne suis pas étonné qu'il n'y ait pas un accord total entre les propositions de notre commission et vos réactions. Je souhaiterais qu'un contact soit maintenu après votre séance du 17 août avec notre commission de manière à ce que, si il y a une possibilité d'harmoniser les propositions pour éviter de donner une mauvaise image du Parlement dans le plénum, cela puisse se faire entre le 17 et le 24 août.

Bär: Das ausserordentliche Verfahren würde entfallen, wenn das Datum der Volksabstimmung auf den März 93 verschoben würde, sofern die Räte ihre Beratungen in der Oktobersession abschliessen. Dann könnten die Erlasse publiziert werden und diejenigen Gesetze, gegen die das Referendum ergriffen würde, wären bekannt und könnten gleichzeitig mit dem Vertrag zur Abstimmung kommen.

Bundesrat Koller: Der Bundesrat möchte nach wie vor am Datum des 6. Dezember festhalten. Zudem erscheint mir das von Frau Bär beschriebene Verfahren als politisch unklug, weil zum Ergreifen des Referendums eingeladen würde, bevor das Volk den Grundsatzentscheid getroffen hätte.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Staatspolitischen Kommission werden verabschiedet.

Antrag Columberg

Columberg: Der EWR-Vertrag ist im Augenblick zentral und hat Vorrang vor der Integration. Es ist deshalb sinnvoll, im Rat mit ihm als Hauptthema zu beginnen.

Frey Walter: Die Aussenpolitik des Bundesrates braucht eine Konzeption und Zielrichtung. Darum geht es im 3. Integrationsbericht. Ein Teil dieser Konzeption ist der EWR-Vertrag. Es ist nicht sinnvoll, zuerst über das Teil und erst anschliessend über das Konzept zu reden.

Grendelmeier: Es ist unverantwortlich, die beiden Geschäfte gemeinsam zu diskutieren, weil dies im Volk zu einer völligen Verwirrnis führt. Das Ziel 6. Dezember/EWR liegt sehr nahe, EG ist ein Fernziel in einigen Jahren. An den Anfang der EWR-Debatte sollte eine kurze Stellungnahme des Bundesrates zu seinem Gesamtziel europäische Integration gestellt werden, ohne dass das Parlament darüber diskutieren würde.

Vollmer: Der Antrag Columberg leuchtet ein, aber es dürfte nicht dazu kommen, dass der Integrationsbericht gar nicht mehr diskutiert würde, weil er auf das nächste Jahr verschoben würde. Wir als Aussenpolitische Kommission und das Parlament sollen in dieser wichtigen Frage mitreden können."

M. Frey Claude: L'ordre proposé par M. Columberg serait discussion générale sur l'EEE suivi de l'EUROLEX et enfin de

l'intégration. Quand viendra le débat sur l'intégration? En septembre! Vous voulez clarifier et vous programmez tout le débat sur l'intégration juste avant la votation sur l'EEE à moins de ne pas le traiter en septembre, ce qui serait inattendu. On traitera à la fin, avec la plus grande des critiques sur la politique du Conseil fédéral en matière d'intégration, les plus grandes divisions. Vous choisissez les armes, mais si vous voulez encore piéger davantage l'EEE, choisissez la proposition Columberg. Vous n'éviterez pas avant la votation du 6 décembre ou d'avril le débat général parce que le Conseil fédéral l'a voulu ainsi. En déposant sa demande d'ouverture de négociation il a bien dit que l'EEE est la transition vers la CE.

Je préfère dire ce que je pense de la mauvaise politique du Conseil fédéral au début pour ensuite dire pourquoi je suis favorable à l'EEE. Je veux pouvoir condamner haut et fort le Conseil fédéral pour pouvoir ensuite le louer de son pragmatisme sur l'EEE. Il serait temps d'avancer dans la clarté. Les signes que les partis gouvernementaux donnent actuellement dans l'opinion publique sont extrêmement négatifs.

M. Eggly: M. Frey vient de démontrer que la discussion en commission est utile parce que j'hésitais quant à suivre ou non M. Columberg. Les partisans de l'EEE vont se trouver devant la difficulté de montrer, d'une part, que l'EEE est dans la logique et le contexte de la politique d'intégration européenne menée par le Conseil fédéral et, d'autre part, de bien séparer les choses. Il y a les gens qui pensent que l'EEE est le prélude à l'adhésion et qui seront contre, il y a les gens qui seront pour l'adhésion donc déjà en faveur du Traité et il y aura les autres qui seront pour le Traité mais pas pour l'adhésion. Le débat aura tous ces aspects-là. Tout ce qui ressemblera à des tactiques visant à escamoter le vrai débat sera mal pris et utilisé par les opposants à l'EEE. Je suis donc d'accord avec M. Frey Claude, il faut jouer la franchise, la toile de fond d'abord puis l'objet précis.

Herr Columberg zieht seinen Antrag zurück.

Unterbruch der Sitzung von 12.40 bis 14.00 Uhr
La séance est interrompue de 12 h 40 à 14 h 00

Der **Präsident** begrüsst Herrn Bundesrat Delamuraz.

Herr **Frey Walter** beantragt, dass von der Verwaltung folgende Grundlagen beizubringen seien:

1. Eine Liste samt inhaltlicher Kurzzusammenfassung der neuen oder abzuändernden bundesrätlichen Verordnungen, die im Zusammenhang mit dem EWR-Vertrag auf den 1.1.93 erlassen werden müssen.
2. Eine Zusammenstellung samt inhaltlicher Übersicht der während der Übergangsfrist abzuändernden oder zu erlassenden Gesetze.
3. Eine Zusammenstellung der EG-Richtlinienentwürfe, die den Rechtsbereich des EWR-Vertrages abdecken, mit einer Zusammenfassung des Inhalts und einer Beurteilung der Auswirkungen auf die schweizerische Gesetzgebung.

4. Eine Zusammenstellung der neu zu erhebenden oder von der Wirtschaft zur Verfügung zu stellenden statistischen Angaben und Daten.

Columberg: Es wäre völlig neu, dass bei Gesetzesberatungen auch bereits die Verordnungen vorgelegt werden. Der Antrag von Herrn Frey ist Obstruktion.

Blankart: Zu 1.: Die Arbeiten an den bundesrätlichen Verordnungen, die im Nachgang zu Eurolex verfasst werden müssen, sind zum Teil im Gang, zum Teil noch nicht. Sie hängen stark davon ab, was das Parlament zu Eurolex beschliessen wird.

Zu 2.: Dies ist Thema Eurolex und wird Ihnen dort abschliessend unterbreitet. Der grösste Teil ist bereits in Ihren Händen.

Zu 3.: Wir haben dem Sekretariat nach der letzten Sitzung eine Liste des Pipeline-Acquis übergeben.

Zu 4.: Die Frage der statistischen Daten wird vom Bundesamt für Statistik beantwortet werden. Die generelle Übergangsfrist zur Erstellung der Statistiken beträgt zwei Jahre.

1.2 Kapitel 4: Würdigung des Abkommens

Bär: Worauf stützt sich die Aussage, dass die EG in Zukunft nicht mehr bereit wäre, mit der Schweiz bilaterale Abkommen zu treffen?

Vollmer: In welchem Masse würde die Verhandlungsposition der Schweiz gegenüber dem Gatt im Falle eines EWR-Beitrittes eingeschränkt?

Frey Walter: Ich bin mit vielen Formulierungen dieser Würdigung nicht einverstanden. So glaube ich z. B. nicht, dass ein Hauptgrund der Änderung der Meinung des Bundesrates die tiefgreifenden Umwälzungen in Osteuropa waren.

M. Ruffy: (à M. Kellenberger) Ma question est très ouverte. Tout en étant partisan de l'intégration, j'ai des craintes vis-à-vis du climat régnant dans la Communauté face à une véritable politique de l'environnement. L'Allemagne et la France ne parviennent pas à se mettre d'accord sur le traitement des déchets. Le nouveau Ministre de l'environnement d'Italie, M. Ripo de Meana, a quitté la Communauté en dénonçant son inertie dans ce domaine.

Y a-t-il une conviction, une volonté de vraiment faire une politique de l'environnement, ou allons-nous au-devant d'un combat permanent pour que les normes reconnues comme valables soient progressivement implantées?

Moser: Der Bundesrat schreibt auf Seite 53, dass schon alleine die Teilnahme an den institutionellen Strukturen des EWR "einer Trumpfkarte" gleichkomme. Wie ist das zu verstehen?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: (à Mme Bär) Avant de répondre à votre question et de vous dire sur quels indices nous nous fondons pour dire que la période des accords bilatéraux avec la Communauté est maintenant passée, j'aimerais attirer votre attention sur l'intérêt que la Suisse a, et pas seulement son

économie, à vouloir aller au-delà de la forme des accords qui nous lient actuellement à la Communauté.

L'accord de libre-échange de 1972 porte sur les seuls biens, et non pas sur les services; il touche certains biens seulement et, si excellente que soit cette entente internationale dans l'Europe occidentale, elle reste très partielle. Sur ce premier point, la réponse du Traité EEE est éloquent car il prend en compte non seulement les biens industriels et artisanaux, mais encore les services et Dieu sait si dans l'économie moderne dite post-industrielle où nous sommes avec les autres pays d'Europe occidentale, c'est indispensable de disposer d'un instrument qui ne règle pas seulement un secteur de notre activité économique mais bien l'ensemble des secteurs dans une économie où les services prennent chaque année davantage d'importance et de signification. Songez par exemple aux transports. La matière couverte par le Traité va bien au-delà de l'accord de 1972 et des quelque 130 accords subséquents qui ont été passés avec la Communauté.

Une deuxième caractéristique doit être faite entre l'état actuel et l'état futur. L'accord de libre-échange de 1972 ne porte que sur les droits de douane et les restrictions quantitatives aux importations, alors que le TEEE touche l'ensemble de la commercialisation des produits des biens et services. C'est une différence capitale qui nous montre qu'avec un instrument comme celui que nous avons jusqu'à maintenant par rapport à un instrument nouveau comme l'EEE, nous serions en retard et aurions une vieille bicyclette sans changement de vitesses pour essayer de faire des performances au Tour de Suisse où au Tour d'Europe et que nous ne serions pas outillés avec les dispositions actuelles comme nous le serions avec l'EEE.

Si le peuple décidait que là n'est pas notre intérêt et qu'il dise non à l'EEE, il resterait un ensemble de dispositions bilatérales qui nous lient à la Communauté, dont on peut imaginer en étant optimiste qu'elles ne seraient pas touchées. Même si ces dispositions n'étaient pas retouchées par la Communauté et qu'on peut plaider leur maintien, nous constatons qu'il ne sera pas possible de progresser selon ces méthodes parce que la Communauté ne nous l'a jamais écrit. Je ne peux pas vous amener une lettre de la Communauté signée Delors/Andriessen qui réponde à votre question, mais la Commission a fait dire constamment, dès les prédiscussions puis le début des négociations sur l'EEE, que pour les pays de l'AELE, le cadre de leur future coopération et du développement de leurs relations institutionnelles ne pouvait plus passer que par l'EEE. Cela a été rappelé maintes et maintes fois. C'est l'argument qui nous conduit à dire dans le message que les méthodes choisies jusqu'à maintenant étaient excellemment adaptées à leur temps, mais qu'elles n'auront plus cours. Je vous donne l'exemple de l'Accord assurances. M. Blankart en est l'artisan et il a franchi en dix sept ans de négociations tous les rangs de la hiérarchie diplomatique pour arriver au titre suprême de Secrétaire d'Etat. Lorsque j'ai eu l'honneur de signer cet Accord au nom de la Suisse à Luxembourg, la France assumait la présidence de la Communauté; on nous a clairement dit que c'était le dernier traité que l'on signait sous cette forme. La négociation a été rendue très difficile vers la fin parce que les Espagnols n'ont cessé de mettre en

difficulté la Commission pour dire qu'elle n'avait pas été assez exigeante avec la Suisse, que ces Suisses qui voulaient le beurre et l'argent du beurre devaient être rançonnés, notamment sur les produits agricoles et que l'Espagne n'accepterait jamais cet accord; la négociation a duré plus longtemps parce qu'il a fallu convaincre les Espagnols. Ce serait à l'avenir a fortiori le cas si d'aventure les autres pays de l'AELE étaient de l'EEE et que nous n'y soyons pas. A supposer que malgré tout on puisse commencer une négociation bilatérale avec la Communauté sans faire partie de l'EEE, il faudra à coup sûr que ce soit dans un domaine où la Communauté a des intérêts pressants et que nous soyons prêts à payer cet accord de concessions largement supérieures à celles qui sont réclamées dans le cadre global de l'EEE; à ces conditions drastiques peut-être pourrions nous négocier du bilatéral. Mais, de grâce, où se trouve notre intérêt si le prix de ce bilatéral devait être plus élevé pour nous que le prix de l'EEE?

Il sera opportun avant les débats aux Chambres d'approfondir encore quelque peu la notion de l'"Alleingang" afin que nous mesurions toutes les concessions et les difficultés supplémentaires que cela représenterait pour nous par rapport à l'EEE. Nous voyons très nettement la Communauté ne plus avancer dans cette direction. Ou bien on est capable d'entrer dans un système économique comme l'EEE, ou bien on n'en veut pas mais alors ce n'est pas un autre système qui pourra le remplacer. La preuve en est fournie par le fait que nous n'avons signé aucun autre accord après l'Accord assurances avec la Communauté. Je me rappelle avoir rappelé au moins dix fois dans les séances de Ministres qu'il existait un follow up de Luxembourg - Luxembourg 1984 c'était la proclamation de notre coopération bilatérale ou multilatérale style actuel - on m'a dit: "Tout à fait d'accord, mais on n'a plus le temps pour cela, nous nous consacrons à la préparation d'un Espace économique européen et il n'y aura pas, à part ce qui a déjà été engagé dans le pipeline depuis des années, de nouveaux cas de coopération. La Suisse aurait eu intérêt à pouvoir réaliser encore quelques accords bilatéraux. A supposer que malgré tout la Communauté en vienne à accepter l'ouverture de négociation sur tel ou tel accord, le prix à en payer sera largement supérieur à celui que nous avons globalement à payer dans le cadre de l'EEE. Il est bien clair que l'EEE n'est pas une espèce de pommade miracle que les autres paient et qui corresponde à notre seul avantage; il comporte des charges, représente des responsabilités, même des inconvénients dans certains domaines, ceux-ci ayant été jugés largement inférieurs à la somme des avantages et assurément dans un rapport prix/efficacité largement meilleur aux éventuels accords bilatéraux que l'on pourrait encore passer à l'avenir avec la Communauté et qui restent très, très problématiques pour ne pas dire impossibles. M. Blankart et M. Kellenberger vont répondre aux autres questions.

Blankart: (Zu Herrn Vollmer) Der EWR ist keine Zollunion. Er lässt unsere Aussenhandelskompetenz unangetastet und betrifft damit das Gatt nicht. Trotzdem muss relativiert werden. USA, Kanada und Mexiko haben eine grosse Freihandelszone gebildet. Ähnliches ist im ostasiatischen Raum zu erwarten. Die Schweiz

wird, ob EWR-Mitglied oder nicht, in dieser Optik zu Westeuropa gezählt. Unser relatives Gewicht ist insofern zurückgegangen, als die Grossen die weltweiten Verhandlungen immer mehr unter sich abwickeln. Generell zeigt die Erfahrung im Gatt, dass wir zu Beginn einer Verhandlung wesentlich mehr Einfluss haben als am Ende, wenn die Grossen die Sache unter sich ausmachen.

(Zu Herrn Frey Walter) Bei den Würdigungen handelt es sich natürlich um Ermessensfragen. Der Fall der Mauer stellte für Europa eine wesentliche Änderung dar. Vorher war es für die Schweiz sinnvoll, gegenüber der Europäischen Gemeinschaft eine gewisse Distanz zu wahren, da diese in Moskau als der wirtschaftliche Arm der Nato perzipiert wurde. In einem geteilten Europa hatte die Neutralität ihren ganz spezifischen geopolitischen Stellenwert. Nun reicht aber die Gemeinschaft potentiell von der Algarve bis ins Baltikum, von Nordkap bis nach Malta. Das Verhältnis des Kleinstaates Schweiz zu einer Gemeinschaft von solcher Dimension ist ein anderes. Wir müssen und können ein Nahverhältnis dazu finden, wenn wir vermeiden wollen, dass für uns essentielle Begriffe wie Ordnungspolitik, wirtschaftliche Beziehungen etc. ohne uns definiert werden.

(Zu Herrn Moser) In den siebziger Jahren versuchte Staatssekretär Jolles, Chefunterhändler des Freihandelsabkommens, monatelang, die Gemeinschaft davon zu überzeugen, uns "gestaltende Mitwirkung" zu gewähren. Dies wurde abgelehnt. Erstmals im Versicherungsabkommen und jetzt im EWR-Abkommen ist es uns nun aber gelungen, diese gestaltende Mitwirkung zustande zu bringen. Aus der Sicht der damaligen Integrationspolitiker wird dies als enormer Fortschritt aufgefasst. Im Expertenstadium nehmen wir an der Ausarbeitung der Gesetzestexte vollberechtigt teil. Im politischen Verfahren besteht die dauernde "Osiose" (decision shaping), die dazu führt, dass wir am Schluss das neue Gesetz annehmen oder verwerfen können. Dank schweizerischer Insistenz wurde der Artikel 102.4 zustande gebracht, der besagt, dass, wenn man sich nicht einigt, eine "andere Lösung" gesucht werden müsse. Dies ist eine sehr pragmatische, wertvolle Formulierung. In einem integrierten Markt wird auch eine starke Vertragspartei grösste Bedenken haben, Schutzmassnahmen oder gar Suspensionsmassnahmen (Teilkündigung des Abkommens) vorzunehmen, weil diese Bumerangwirkung haben würden. Der EWR ist ein "Accord de confiance", der nur in der Komplizität der täglichen Zusammenarbeit funktionieren kann.

M. Kellenberger: (à M. Ruffy) Vous me demandez d'évaluer la politique de la Communauté en matière d'environnement. Il est impressionnant de constater le développement législatif communautaire de ces dernières années et dans certains domaines sensibles ils nous ont même partiellement dépassés. On constate que l'environnement et les considérations touchant à l'environnement prennent une place toujours plus grande. J'en veux pour preuve ce qui figure dans le Traité de Maastricht, le 5me programme sur l'environnement et le Livre vert transports - environnement. Le débat sur la politique des transports dans la Communauté, même si beaucoup reste à faire, montre un souci des aspects environnementaux beaucoup plus grand qu'il y a encore peu de temps.

Un des grands défis est la protection de l'environnement sur le plan européen global. Une des grandes opérations en cours est le suivi de la Conférence qui a eu lieu en Tchécoslovaquie, où

l'on avait établi un programme de coopération beaucoup plus étroite pour protéger l'environnement. La Communauté joue là un rôle clé puisqu'elle préside par exemple la "task force" de tout ce suivi. A Rio la Communauté ne figurait pas parmi ceux qui traînaient et sur certains points elle avait pris des positions très soucieuses de l'environnement.

Le successeur provisoire de M. Ripa di Meana à la Communauté, que nous avons eu l'occasion de connaître lors des négociations sur l'accord de transit, est sans doute un des commissaires les plus sensibles aux aspects de l'environnement. Son prédécesseur, un Britannique, avait une politique de transports qui ne tenait pas compte de l'environnement et on a noté dans le concret l'arrivée de M. van Miert à cette charge dans nos négociations.

Frey Walter: Anlässlich eines Besuches im Europäischen Parlament stellte ich fest, dass dort ein pragmatischer Geist herrscht. Es wurde mir versichert, dass ein Interesse der EG an der Zusammenarbeit mit der Schweiz bestehe und dass, wenn der EWR nicht zustande käme, dann eben die neue Sachlage überprüft werden müsse. Der Bericht sieht die Folgen des Alleinganges der Schweiz zu schwarz. Es wäre weiterhin möglich, bilaterale Abkommen abzuschliessen. Es ist sehr fraglich, ob die Schweiz, wenn sie Mitglied wäre, bei der Gesetzgebung grösseren Einfluss hätte als wenn sie ausserhalb steht. Ich glaube, dass das Transitabkommen nicht zustande gekommen wäre, wenn die Schweiz nicht ausserhalb gestanden hätte. Offen ist auch die Frage, was nach Ablauf des Transitabkommens in zwölf Jahren geschieht, wenn die Schweiz allenfalls Mitglied geworden ist. Mir scheint, dass man bezüglich des Nicht-Beitretens zu wenig Selbstbewusstsein hat.

Bär: Ich habe beim Umweltschutz immer noch den Eindruck, dass das Kapitel zu schönfärberisch ausgefallen sei. Vor drei Wochen sagte Carlo Ripa di Meana in seinem Abschiedsinterview im "Spiegel", um den Umweltschutz in der EG stehe es schlimm. Er sei deshalb nicht nach Rio gefahren. Ich vermisse in diesem Kapitel einen Hinweis auf das Cassis-de-Dijon-Prinzip. Es ist eine Klausel, die dem Umweltschutz in fortschrittlichen Ländern schadet. Wie steht es in dieser Hinsicht mit der Aufrechterhaltung des Phosphatverbots in der Schweiz? Die meisten gefährlichen Stoffe unterstehen in der EG noch keinen Normen.

Mühlemann: Herr Ripa di Meana ist kein Kronzeuge für die Ökologie in Europa. Die EG hat einen gewaltigen Umdenkprozess vorgenommen. Man hat das Bestreben, in diesem Bereich aufzuholen. Das riesige Bürogebäude in Brüssel ist wegen Asbestgefahr geleert worden, obwohl man vor zwei Jahren über solche Dinge noch lächelte.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: M. Frey Walter parle d'une inquiétude panique du Conseil fédéral qui considérerait avec terreur le terme de l'alternative "Alleingang" et qui par conséquent se lancerait tête baissée dans l'autre terme qui est l'Espace économique européen, condamné à un choix qui n'en n'est pas un. Or c'est le ton qui fait la musique et il est vrai de dire que deux ou trois fois on a donné l'impression, ne correspondant pas à la réalité, qu'il n'y avait aucune autre

possibilité que d'aller à l'EEE, que celui-ci était pour la Suisse une fatalité absolue qu'on devait digérer et qu'on n'avait pas d'autres solutions. Cela n'est pas vrai et je regrette qu'ici ou là le ton ait pu donner à croire que nous étions placés devant un non-choix. En réalité ce sont les Suisses qui souverainement diront si cette option que nous leur offrons après négociations est bonne ou non, ce n'est pas une condamnation à devoir prendre cet EEE coûte que coûte!

Je dois ajouter deux choses. La première, c'est que réellement les termes d'une construction européenne qui se prolongerait jusqu'à la fin du siècle et au-delà selon les bonnes méthodes de 1972 à 1992 sont devenus caducs. J'ai dit tout à l'heure que nous ne pourrions pas continuer de nous inspirer de ce modèle et que, s'il pouvait peut-être régler un ou deux domaines particuliers non couverts actuellement, cela serait au prix de concessions importantes de notre part.

C'est un choix absolument clair que les Suisses ont à faire: oui ou non à l'EEE. Le terme non pourrait être accepté, mais nous pensons que ce serait dangereux et contraire à nos propres intérêts, je n'en dit pas davantage parce que je ne voudrais pas que vous ayez le sentiment de la carte forcée. Le choix est ouvert, mais si nous choisissons de ne pas aller à l'EEE alors la perspective d'accords bilatéraux du type actuel est complètement bouchée. Je précise que par accords bilatéraux j'entends des accords portant sur une matière générale. Je ne parle pas d'accords très particuliers comme l'Accord de transit. Si nous arrivons à le passer, ce qui dépend de la votation populaire du 27 septembre, nous aurons avec l'Autriche, l'un et l'autre des pays, deux accords bilatéraux parallèles avec la Communauté que nous sommes les seuls à avoir parce que c'est chez nous qu'il y a les Alpes et non en Norvège ou ailleurs. Il peut y avoir des situations particulières comme par exemple les accords bilatéraux concernant la pêche passés simultanément dans l'EEE par l'Islande et la Norvège avec la Communauté. Il pourrait encore y avoir d'autres accords spécifiques portant sur des situations particulières nées de la géographie.

Vous dites que nous serons mieux placés pour négocier avec la Communauté si nous ne sommes pas membre de l'EEE et que nous continuons d'avoir notre totale indépendance. Je crains que votre appréciation de la situation, M. Frey Walter, ne porte que sur une vue idéale des choses. Les faits et les faits répétés d'années en années font que la Communauté a un solde bénéficiaire à l'égard de la Suisse qui s'est monté à 15 milliards de francs suisses en 1991; on joue sur le velours et c'est plutôt la Suisse qui doit chercher opiniâtrement des débouchés dans la Communauté pour augmenter la part qu'elle y trouve. La Communauté lui offre ces débouchés dans le cadre de l'EEE par la non discrimination et non seulement douanière mais commerciale, ce qui représente une grande différence avec l'Accord de libre échange de 1972, et aucun accord bilatéral si puissamment traité ne pourra présenter un rapport de traitement aussi favorable pour la Suisse que l'EEE.

Au sujet de l'Accord de transit, à supposer que cet accord ait pu être passé par la décision du peuple et du Parlement, dans douze ans les circonstances du transport en général en Europe seront différentes de ce qu'elles sont aujourd'hui. La Communauté aura alors terminé sa crise pubertaire des

transports et, comme elle en donne déjà le signe très positif depuis environ trois ans, elle ira dans la bonne direction. Il y a gros à parier que l'évolution qu'elle a faite dans notre sens du trafic combiné sera parachevée. Si elle ne le faisait pas l'encombrement des routes européennes par une politique absurde du transport routier exclusif ou prioritaire aurait tôt fait d'apporter une démonstration par l'absurde. Je ne pars pas battu en disant que cet accord sur le transit risque d'être rendu caduc par l'EEE et par une éventuelle participation à la Communauté. Je crois que l'évolution des faits et des pratiques à laquelle on assistera dans ce domaine pointu des transports ira dans le sens de l'accord que nous plaidons. Je m'empresse de dire que si nous voulions continuer de vivre sur cet accord de transit et refuser l'EEE, et ultérieurement la participation de la Suisse à la Communauté, il y a gros à parier qu'un certain nombre de mesures discriminatoires viendraient tôt ou tard frapper les camionneurs suisses à l'étranger, en particulier par une mesure qui n'est pas touchée en l'état actuelle des choses et qui serait l'interdiction du cabotage de Bruxelles à Paris, par exemple, ou entre deux ou trois pays communautaires. L'obligation de revenir et peut-être à vide à la mère-patrie avant de repartir à destination d'un pays communautaire serait une catastrophe économique pour l'ensemble des transporteurs suisses. Tout cela est lié à un Accord de transit qui ne perdra pas sa raison d'être du moment où notre intégration à la Communauté se serait encore accentuée voire parfaite.

Kellenberger: (Zu Frau Bär) Es trifft zu, dass das Umweltbewusstsein und die Fortschritte im Umweltschutzbereich je nach Mitgliedstaat sehr unterschiedlich sind. Politisch kann man sich heute aber fragen, wo die diesbezüglich schwächeren Länder stehen würden, wenn sie nicht in der Gemeinschaft wären, in der in diesem Bereich eine beträchtliche Dynamik besteht. Die Frage des Phosphatverbotes ist in der Gemeinschaft nicht harmonisiert. Im Prinzip gilt das Cassis-de-Dijon-Prinzip, d. h. dass ein phosphathaltiges Produkt, das in einem Mitgliedstaat rechtmässig in den freien Verkehr gesetzt wird, frei zirkulieren darf. Auf Seite 182 der Botschaft steht allerdings, dass in diesem Fall das Phosphatverbot aus Gründen des Gesundheitsschutzes oder anderer zwingender Erfordernisse trotzdem angewendet werden könnte. Letztlich wird es an den Gerichten sein zu entscheiden. In wichtigen Mitgliedstaaten macht der Handel mit phosphatfreien Produkten schon einen grossen Anteil des Marktes aus. Es ist deshalb eine nicht unvernünftige Perspektive, dass es auf Gemeinschaftsebene zu einem Phosphatverbot kommen könnte.

1.3 Kapitel 6: Kommentar zur Präambel und zu den allgemeinen Bestimmungen

Keine Bemerkungen

1.4 Kapitel 7: Kommentar der materiellen Bestimmungen und ihre Umsetzung auf Bundes- und kantonaler Ebene

7.1

Bär: Zu Seite 124 unten: Um was für ein Zusatzprotokoll zum EWR-Abkommen handelt es sich, das demnächst unterzeichnet werden soll?

Spinner: Der vorliegende Text wurde verfasst, als noch die Hoffnung bestand, dass ein solches Zusatzprotokoll noch vor der Ratifikation des Vertrages zustande kommen könnte. Aus heutiger Sicht ist die Formulierung falsch. Es wird vor dem Inkrafttreten des Vertrages kein Zusatzprotokoll mehr geben. Nach Inkrafttreten des Vertrages sind für Ergänzungen und Änderungen die Vertragsregeln anwendbar.

Vollmer: Besteht ein Wille der Vertragspartner, das EWR-Abkommen auszuweiten, d. h. den Geltungsbereich des Acquis zu dynamisieren?

M. Krafft: Il y a d'une part la possibilité du développement normal de l'acquis communautaire par les procédures décisionnelles et d'autre part la possibilité d'ajouter de nouveaux domaines en suivant la procédure de modification d'un traité, c'est à dire approbation parlementaire et éventuellement référendum. Il faudrait déterminer si la portée de la modification implique un référendum facultatif ou obligatoire, ce qui dépendra de la nature de la modification, de son importance et de sa portée.

M. Ruffy: J'appartiens à un groupe qui tient à un certain nombre de mesures internes pour essayer de compenser les désavantages que pourrait entraîner l'accord, notamment le respect de certaines conventions collectives. Les mesures proposées par le groupe socialiste comme mesures d'accompagnement nécessaires entrent-elles dans la catégorie de ces règles d'accompagnement dont il est fait mention à la page 116 et dont vous dites qu'elles ne répondent pas aux critères de la nécessité?

Bäumlin: Müsste die Schweiz bei einer Ausweitung des Abkommens mit den anderen Efta-Staaten zusammenarbeiten, oder wäre sie selbständig?

Kellenberger: (Zu Herrn Ruffy) In diesem Kontext wird derjenige Teil der Gesetzgebung als "nécessité" betrachtet, der in Kraft sein muss, sobald der EWR-Vertrag in Kraft tritt.

M. Krafft: Dans les négociations, nous avons demandé un droit d'initiative pour chaque partie contractante, c'est-à-dire que chaque Etat membre de l'AELE puisse proposer une modification. La Commission a été très réticente en disant que dans le système communautaire la Commission a le monopole du droit d'initiative pour la modification du droit communautaire. Néanmoins il est entendu puisqu'il y aura un Comité mixte que si une partie contractante, par exemple la Suisse, estime qu'il faut amender une disposition du Traité, elle aura tout loisir d'exposer son point de vue qui sera étudié. Il faudra convaincre les partenaires que cette idée est bonne et qu'elle vaut la peine d'être suivie.

7.2

Bär: Was bedeutet "Basisrichtlinie"?

Der Bereich Energie ist zu vage gehalten. Es wird zu wenig über die allfälligen Auswirkungen auf die schweizerische Energiepolitik gesagt. Es besteht unter Fachleuten die Befürchtung, dass der Energienutzungsbeschluss nicht wie vorgesehen durchgezogen werden könnte.

M. Rebeaud: Il est question de négociation entre la Suisse, respectivement l'AELE, et de l'autre côté la Communauté. On ne parle pas de l'EURATOM. Peut-on m'expliquer cette mise entre parenthèse de l'EURATOM dans les négociations?

Egger: (Zu Frau Bär) Eine Basisrichtlinie der EG kann von weiteren, anderen Richtlinien gefolgt werden. Es gibt keine Rechtskonsolidierung.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: L'EURATOM ne fait pas partie de l'EEE et n'a pas été pris en compte dans la négociation.

Bärfuss: Die Schweiz kennt noch keine Energiesparvorschriften. Zur Zeit wird über freiwillige Vereinbarungen verhandelt, z. B. mit den Automobilimporteuren. Die EG arbeitet in die gleiche Richtung, sie möchte sich Energiesparvorschriften geben. Die Frage ist Gegenstand einer Interpellation Strahm und wird demnächst schriftlich beantwortet werden.

Spinner: (Auf eine Frage von Frau Segmüller) Bei der Produkthaftpflicht erhält unsere Wirtschaft durch den EWR eine Verbesserung. Sie müsste, anders als bei EG-Produkten und sofern der Lugano-Vertrag über die gegenseitige Anerkennung von Urteilen ratifiziert wird, beim Import von Schweizer Produkten in die EG nicht mehr vom EG-Importeur übernommen werden. Unsere Produkte wären damit nicht mehr preislich benachteiligt. Im ganzen EWR trüge der Hersteller die Produkthaftpflicht und nicht mehr der Importeur.

7.3

Vollmer: Diese kapitelweise Beratung müsste immer im Zusammenhang mit den Eurolex-Vorlagen gesehen werden.

Der freie Personenverkehr bezieht sich vor allem auf die Niederlassung von Arbeitskräften. In welcher Weise wird diese Freizügigkeit auch nicht erwerbstätigen Personen gewährt?

Frey Walter: Es heisst, der Bundesrat strebe auch weiterhin ein "ausgewogenes Verhältnis" zwischen schweizerischer und ausländischer Wohnbevölkerung an. Was ist darunter zu verstehen?

Beim Personenverkehr besteht eine fünfjährige Übergangsfrist, nicht aber beim Warenverkehr. Dies bringt für die Unternehmen grosse Probleme, da während dieser Zeit die hohen Lohnkosten bestehen bleiben, während die EG-Waren und -Dienstleistungen bereits da sind.

Dass die Schweiz vor allem für qualifizierte Arbeitnehmer attraktiv werde, ist zu bezweifeln. Es wird eher das Gegenteil der Fall sein.

Bär: Was geschieht mit Familienmitgliedern von ausländischen Arbeitnehmenden, die älter als 21 Jahre sind und nicht mehr unterstützt werden und damit kein Anrecht auf einen Verbleib in

der Schweiz mehr haben? Was geschieht bei einer Scheidung? Die Formulierung der "Wohnsitznahme beim Arbeitnehmer" widerspricht unserem Eherecht, wo dies nicht mehr verlangt wird.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: (à M. Frey Walter) La "Ausgewogenes Verhältnis" n'a pour de bonnes raisons pas été quantifiée, codifiée, réglementée par la Suisse ou ses partenaires dans la négociation. C'est une appréciation de nature politique qui doit être faite et le Conseil fédéral ne voulait en aucun cas se lier les mains en fixant des pourcentages ou des nombres absolus à partir desquels devaient jouer certaines dispositions. Ce sera l'objet de l'application pratique du traité dans le terrain que de pouvoir jouer le moment venu avec le maximum de liberté et de mouvements de la part du Conseil fédéral, quitte à devoir ici ou là négocier avec nos partenaires. Nous n'avons pas en face de nous un horaire de tram où tout est fixé à la halte près. Nous avons une appréciation générale et nous pourrions jouer deux tiroirs politiques en cas de nécessité. Le premier tiroir, c'est de jouer sur les cercles deux et trois s'il devait se révéler que le cercle un est copieusement garni et qu'il pose un problème de coexistence intérieure à un pays qui est en Europe, le Luxembourg mis à part, le pays qui proportionnellement accueille le plus grand nombre d'étrangers, singulièrement de travailleurs étrangers.

Le deuxième tiroir, c'est précisément cette clause de sauvegarde que nous avons négociée. Un auteur suédois a dit "L'honneur c'est comme les allumettes, on ne peut s'en servir qu'une seule fois". Je ne dirai pas de la clause de sauvegarde qu'elle est aussi limitée qu'on ne puisse s'en servir qu'une seule fois, mais il est clair qu'on ne pourra pas en faire usage à toute occasion. Néanmoins elle existe et ce n'est pas pour rien qu'après certaines phases de la négociation, où du côté de la Communauté on voulait la supprimer ou la restreindre en la définissant étroitement, nous l'avons maintenue en tant que principe général et pas comme principe réglementé. Ce deuxième tiroir, au cas où le premier n'aurait pas eu d'effets, a une certaine efficacité, c'est un instrument de protection. Je tiens également à rappeler ce que l'on a tendance à oublier: la liberté de circulation et d'établissement des personnes est un fait, mais elle est concrètement liée à l'existence d'emplois qu'on offre ou qu'on n'offre pas. Si ces emplois ne sont pas offerts, cette liberté aura une signification purement touristique. Elle ne peut en aucun cas créer de la part de quelque ressortissant de l'EEE un droit à revendiquer une fonction. Il n'y a pas de liberté de circulation des chômeurs mais une liberté de circulation des personnes; il s'agit d'une entité bien différente. Elle ne livre pas notre économie et nos places de travail à une concurrence absolument nouvelle que nous ne pourrions pas maîtriser.

M. Mauron pourra répondre aux autres questions posées.

M. Mauron: Les conditions d'entrée des personnes non actives figurent au point 7.35 du message. Pour pouvoir entrer comme personnes non actives il faut remplir certaines conditions, à savoir: avoir une assurance maladie et des ressources financières suffisantes afin de ne pas tomber à la charge de l'assistance sociale.

Qui est compris dans ces personnes sans activité lucrative? Ce sont les étudiants, les rentiers et les retraités.

Unterbruch der Sitzung von 15.50 bis 16.10 Uhr
La séance est interrompue de 15 h 50 à 16 h 10

Frey Walter: Können EWR-Angehörige bei uns Beamte werden? Wer zahlt die Arbeitslosenunterstützung, wenn ausländische Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer erwachsene Kinder nachziehen, die dann in der Schweiz arbeitslos sind?

M. Ruffy: A la page 135, on dit que l'on va supprimer les discriminations entre étudiants étrangers et étudiants suisses. Est-ce néanmoins bien exacte que les taxes différenciées, supplémentaires pour les étudiants étrangers, seront maintenues?

Frey Walter: Könnten die Schweizer Universitäten einen Numerus clausus einführen?

Kellenberger: Ein nichtdiskriminierender Numerus clausus wäre möglich. Hingegen begründet der EWR-Vertrag keine Verpflichtung, für alle Staatsangehörigen des EWR die gleichen Studentengebühren zu erheben.

M. Mauron: Un travailleur qui viendrait avec sa famille, par exemple trois ou quatre enfants, aurait-il le droit de bénéficier des prestations de chômage? Selon le droit communautaire, on ne peut faire venir ses enfants que jusqu'à l'âge de vingt et un ans à moins qu'ils ne soient à charge. Pour bénéficier des prestations de l'assurance chômage il faut s'être ouvert un droit à ces prestations, donc avoir cotisé, avoir travaillé. Il y a une petite différence pour les étudiants qui, pour autant qu'ils aient déjà étudié en Suisse, pourront toucher pendant une courte période. Les mêmes conditions sont applicables pour les femmes.

Spinner: Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes stellt Richtlinien auf, welches hoheitliche Tätigkeiten eines Beamten sind und welches nicht. Nicht hoheitliche Tätigkeiten von Beamten müssen allen EWR-Bürgern offenstehen. Die Abgrenzung ist nicht definitiv.

Wyss: (Zu Herrn Frey Walter) Die chemische Industrie ist auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen. Wenn nicht endlich genügend gute Forscher in der Schweiz vorhanden sind, muss die Forschungstätigkeit ins Ausland verlegt werden. Die Folgen des EWR wären diesbezüglich für die Schweiz sicher positiv.

Steffen: Kann sich ein italienischer Arbeitnehmer, der in Italien mit 55 Jahren pensioniert wird, seine Schweizer Rente dort auszahlen lassen?

Kellenberger: Wir werden die Frage am Montag beantworten.

7.4

M. Colombo: (à Mme Bär) En ce qui concerne la poste, ce qui est mentionné dans le message est de la musique d'avenir. Il y a un Livre vert actuellement discuté dans la Communauté. Quand on parle de livre vert, il s'agit de principes et on est encore loin de directives et de réglementations. On ne peut pas encore dire dans quel sens on ira et dans quelle mesure on aboutira à des règles acceptées par tous les Etats membres. Quant à notre permis de conduire il reste valable et notre législation ne nécessite pas de modification.

M. Ruffy: La question de l'interdiction de circuler la nuit et le dimanche a-t-elle été abordée ou la Suisse a-t-elle refusé d'entrer en matière?

Frey Walter: Für das hochauflösende Fernsehen soll eine europäische Norm eingeführt werden. Es besteht die Gefahr, dass diese dazu dient, andere als europäische Geräte vom Markt auszuschliessen.

Mühlemann: Ich stelle mit Freude fest, dass unsere Fernmeldegesetz mit Ausnahme des Monopolbereiches Telefon europakompatibel ist.

Kellenberger: (Zu Herrn Ruffy) Das Sonntags- und Nachtfahrverbot war nie Gegenstand von Verhandlungen im EWR, weil es dazu kein EG-Recht gibt. Wir haben aber im Transitvertrag festgehalten, dass wir am Sonntags- und Nachtfahrverbot festhalten.

M. Colombo: La question de la norme européenne en matière de télévision haute définition est hautement controversée au sein de la Communauté. Le débat porte sur la question de savoir s'il faut maintenant créer temporairement une norme européenne pour permettre aux seuls appareils européens d'être admis en Europe ou s'il faut adopter une politique plus libérale. Le débat n'est pas encore tranché. La France pousse pour l'introduction de normes européennes, d'autres pays sont beaucoup plus libéraux. Pour la Suisse nous avons discuté d'une manière informelle lors des discussions sur l'acquis pipeline. Cette question n'est pas nécessairement pertinente pour l'EEE et la discussion est encore ouverte.

(à M. Mühlemann) Nous pouvons maintenir notre monopole concernant les téléphones. Les directives communautaires reprises dans l'EEE demandent la suppression des monopoles des PTT dans le domaine des télécommunications sauf pour le premier téléphone.

Kellenberger: Die Norm für das hochauflösende Fernsehen ist ein Thema, das auch in der Eureka-Diskussion im Vordergrund steht. Unsere Grundposition ist, dass wir eine weltweite Norm wünschen. Es ist durchaus denkbar, dass sich eine EG-Norm als Weltnorm durchsetzen könnte.

Frey Walter: Ich wende mich gegen die pauschale Behauptung, EG bedeute mehr Wettbewerb. Im Sektor Automobilindustrie ist dies z. B. nicht der Fall, weil es Importquoten gibt.

Kellenberger: Die PAL-Norm wurde nicht als ausschliessliche Norm gehandhabt, es gab daneben noch andere Normen.

Mme Aubry: Au sujet des programmes de télévision, on parle de concurrence et de libre circulation transfrontalière des émissions de télévision. Or la libre concurrence n'existe pas en Suisse puisque nous avons le monopole de la télévision. Comment cela est-il conciliable avec l'EEE?

M. Colombo: Une télévision étrangère peut-elle venir s'établir en Suisse et produire des émissions de télévision en Suisse? Je ne connais pas précisément les conditions auxquelles cela sera possible, mais le principe fondamental est qu'il y aura le libre établissement. La libre circulation des services comporte la libre circulation des émissions de télévisions où qu'elles soient faites.

La nouvelle loi sur la radio-télévision est eurocompatible. Pour qu'une télévision puisse s'établir en Suisse elle devra se soumettre à la loi suisse sur la radio-télévision.

Steffen: Bei der auf Seite 331 erwähnten Richtlinie 75/130 geht es um die Förderung des kombinierten Verkehrs. Die Schweiz subventioniert diesen Verkehr, auch ausländischen Transitverkehr. Tut sie dies ohne Gegenleistung?

Kellenberger: Die EG sieht diese Frage unter der Perspektive der Beihilfenreglung. Gemäss Transitvertrag haben wir auf jeden Fall die Möglichkeit, solche Transporte im Sinne der Förderung des kombinierten Verkehrs zu subventionieren. Bezüglich der Frage, wie wir uns gegenüber Fahrzeugen, die in der EG immatrikuliert sind, verhalten, gilt das Nichtdiskriminationsverbot. Es geht bei diesem Instrument darum, die in EG-Staaten immatrikulierten Lastfahrzeuge auf die Bahn zu bringen. Die EG zahlt nichts daran. Beide Vertragsparteien des Transitvertrages treffen aber nach Artikel 10 flankierende Massnahmen, um den kombinierten Verkehr zu fördern.

Segmüller: Beim BVG gibt es eine eurollexbedingte Änderung. Fällt der obligatorische Teil des BVG zwingend unter die hier erwähnte Verordnung?

Kellenberger: Wir werden die Frage am Montag beantworten.

7.5

Präsident: Es scheint, dass Schweden und Norwegen im Bereich des Erwerbes von Grundstücken durch Personen im Ausland recht einschränkende Gesetzesentwürfe vorlegen, die EWR-konform sein sollen. In Schweden soll jeder EWR-Bürger Häuser oder Grundstücke kaufen können, Bedingung ist aber der Wohnsitz in Schweden.

M. Colombo: Les Norvégiens et les Suédois ont probablement adopté le même système qu'au Danemark, c'est à dire le système des résidences secondaires, qui prévoit pour les Danois et les autres ressortissants communautaires, qu'il faut avoir une fois dans sa vie résidé pendant cinq ans au Danemark pour pouvoir acheter une maison.

Frey Walter: In Dänemark ist die Frage der Zweitwohnungen erkannt worden und gehandelt worden. In der Schweiz können Ferienwohnungen von den Gemeinden gemäss EWR weiterhin kontingentiert werden, sofern die Kontingentierung Schweizer und EWR-Bürger gleichermaßen betrifft. Für die Lex Friedrich gibt es eine Übergangsfrist, aber keine für die Ausländer, die in die Schweiz kommen und Grundbesitz erwerben wollen.

M. Colombo: C'est déjà la politique actuelle des autorités cantonales et fédérales: si quelqu'un réside et travaille en Suisse ou qu'il y possède une entreprise, il peut obtenir pour ses besoins de résident ou pour les besoins de ses activités économiques des biens immobiliers. Cette politique est déjà en oeuvre actuellement et elle sera continuée avec l'EEE, la seule différence étant qu'il ne faudra plus obtenir d'autorisation. Pour les résidences secondaires et les logements de vacances, la Suisse peut maintenir sa législation, ce qui a été prévu lorsqu'on a édicté la directive pour satisfaire la demande du Danemark.

Vollmer: Das EJPD hat zu dieser Frage seit längerer Zeit verschiedene Berichte veröffentlicht, und es gibt das Programm Boden mit 25 Massnahmen in der Bodenpolitik, das aber gerade von der politischen Seite von Herrn Frey vehement bekämpft wird.

Kellenberger: Die Schweiz hat bezüglich der Zweitwohnungen die gleiche Möglichkeit wie Dänemark. In der Frage der professionellen Immobiliengeschäfte und des Grundstückerwerbs zur Kapitalanlage besteht eine fünfjährige Übergangsfrist. Nach dieser Übergangsfrist können wir die Schutzklausel anwenden. In der Schutzklausel wird eine Erklärung abgegeben, unter welchen Umständen die Schweiz daran denken würde, diese anzuwenden. Als ein Fall wird erwähnt: wenn der Zugang der Einheimischen zu Grundeigentum über die Massen erschwert würde.

Herr Mühlemann übernimmt das Präsidium.

7.6, 7.7, 7.8

Keine Bemerkungen

7.9

Spinner: (Auf eine Frage von Herrn Frey Walter) Diese Richtlinien sind Gegenstand der Eurolex-Arbeiten. Wie weit die Arbeiten in den Kommissionen gediehen sind, weiss ich nicht.

Präsident: Wie wird sich die Mitwirkung auf der Ebene der Unternehmungen (nicht des Betriebes) weiterentwickeln?

Spinner: Darüber sind in der EG sowohl im Bereich des Gesellschaftsrechtes als auch des Sozialrechtes seit Jahren Arbeiten im Gang, aber weitgehend blockiert. Eine Verabschiedung neuer Regeln in diesem Bereich ist zudem in der Gemeinschaft solange nicht möglich, als Grossbritannien das Veto geltend macht bzw. unter dem Unionsvertrag überhaupt nicht mehr mitwirken würde. Regeln bezüglich der Mitbestimmung auf Unternehmensebene brauchen in der Gemeinschaft Einstimmigkeit. Solange dies so bleibt, kann auf dem normalen Weg der Erweiterung der Gesetzge-

bung des EWR-Vertrages nichts Entsprechendes in den EWR hinein kommen.

Bärfuss: Auf Betriebsebene gibt es bei Massenentlassungen, Insolvenz der Unternehmungen und Betriebsübertragungen eine Mitwirkungsregelung, d. h. eine Konsultationspflicht der Arbeitnehmer.

Ein weiterer Bereich ist Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Die Arbeitnehmer müssen in die entsprechenden Konzepte der Betriebe einbezogen werden.

Frey Walter: Warum müssen wir etwas in einem Bereich nachvollziehen, aus dem sich England abgemeldet hat?

Spinner: Wir übernehmen den Acquis, wie er besteht, auch im Sozialrecht. Diesen trägt auch England mit.

Es gibt auch bei der EG Grenzen, die nicht einmal im Vertrag der Europäischen Union überschritten werden. In einer speziellen Konvention, die sich mit diesem Bereich befasst, heisst es in einem der letzten Artikel, Bereiche wie Löhne, Mitbestimmung etc. seien von der Europäischen Union ausgeschlossen und blieben im nationalen Kompetenzbereich. Auch wenn die EG nach Jahren einmal zu solchen Regeln käme; hätten wir immer noch unser Vetorecht.

Bärfuss: Bei der EG liegt ein Verordnungsentwurf zur Schaffung der Gesellschaftsform europäischen Gesellschaft auf dem Tisch. Der Entwurf ist ausserordentlich stark umstritten und seit Jahren blockiert. Er enthält drei Mitbestimmungsmodelle. Das harmloseste davon ist ein Mitbestimmungsmodell, das ungefähr unseren gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen entspricht. Es handelt sich um Optionen, die gewählt werden können.

Wyss: Was der Acquis bringt, ist weniger, als wir seinerzeit in der Mitbestimmungskommission diskutierten.

Frey Walter: (Zu Herrn Wyss) Aber es ist mehr, als wir heute haben.

(Zu Herrn Spinner) Ich bezweifle, dass die Schweiz ein echtes Vetorecht hat, d. h. dass sie ohne negative Konsequenzen ihr Veto einlegen könnte.

Herr Rychen übernimmt das Präsidium.

Bärfuss: (Auf eine Frage von Frau Stamm) Beim Kapitel 7.932 Gleichbehandlung von Mann und Frau ist infolge einer Panne nur der Titel aufgeführt. Ein ausführlicher Text findet sich auf Seite 425 unter 7.111 Gleichstellung von Mann und Frau.

Spinner: Ein weiterer Fehler ist uns bei Kapitel 12 bekannt. Allfällige weitere Druckfehler werden von der Bundeskanzlei noch berichtigt werden.

Frey Walter: Was für ein Aufwand ergibt sich aus den gemäss 7.95 zu erstellenden Statistiken für einen mittleren Gewerbebetrieb und für eine Gemeinde?

Bärfuss: Wir werden die Frage an das Bundesamt für Statistik weiterleiten. Es wird sich eine zusätzliche Belastung für die Betriebe ergeben. Wirtschaftspolitisch ist es sehr wichtig, dass international vergleichbare Statistiken vorhanden sind.

Mühlemann: Wieviele neue Stellen bräuchte es im Statistischen Amt?

Spinner: Die Frage wird in Kapitel 11 beantwortet.

7.10

Keine Bemerkungen

7.11

Keine Bemerkungen

3. Vorbereitung der Sitzung vom 17. August 1992

Herr **Mühlemann** beantragt, eine Information über Jugoslawien zu traktandieren.

So beschlossen.

Präsident: Die Druckfahne sollte bis am Mittwoch bei den Kommissionsmitgliedern sein.

4. Verschiedenes

Weiteres Vorgehen

M. Ruffy: Comment imaginez-vous la procédure pour la votation de l'Arrêté fédéral sur l'accord? Allez-vous faire une discussion d'entrée en matière suivie d'un vote, puis traiter les différentes lois et terminer par la votation finale?

On pourrait imaginer que certains membres du Parlement subordonnent leur approbation à une certaine forme qu'on aurait donnée aux amendements.

Präsident: Die beiden Ratspräsidenten informieren, dass die Kommissionsbeschlüsse zu Eurolex generell unter dem Vorbehalt der Ziffer 2 des Genehmigungsbeschlusses gefasst werden. Die Debatte im Plenum wird nicht gleich wie in unserer Kommission geführt. Es wird eine Eintretensdebatte zur ganzen Botschaft geben.

Vollmer: Die Frage ist, ob wir vorschlagen, dass der Genehmigungsbeschluss definitiv beraten werde, bevor die einzelnen Eurolexvorlagen im Rat behandelt sind.

Es sollte die gleiche Logik wie gegenüber dem Volk angewendet werden: über den EWR wird erst entschieden, wenn die Anpassungen des Eurolex bekannt sind. Die Detailberatung des EWR-Vertrages kann durchgeführt werden, aber die Gesamtabstimmung sollte erst nach der Behandlung der Eurolexvorlagen erfolgen.

Bär: Der Vorschlag würde einleuchten, aber dann könnte auch der Erstrat die Gesamtabstimmung nicht in der Sondersession durchführen.

Präsident: Der Abstimmungstermin vom 6. Dezember 1992 würde demnach dahinfallen.

M. Eggly: D'une part il y a le calendrier, d'autre part une question de logique et de principe. Le paquet EUROLEX, bien qu'il permette une certaine marge de manoeuvre, est fondamentalement une adaptation stricte. C'est une conséquence et on doit avoir le vote d'ensemble sur le Traité à la fin du débat sur le Traité.

Präsident: Es ist sinnvoll, am ursprünglichen Vorschlag festzuhalten.

Protokolle

Präsident: Da die Protokolle dieser Sitzung und derjenigen vom 17. August Ihnen noch vor der Sondersession zukommen sollten, werden sie nur in einer unkorrigierten Rohfassung vorliegen.

Freihandelsabkommen Efta-Tschechoslowakei

Präsident: Das Freihandelsabkommen zwischen der Efta und der Tschechoslowakei wird vom Bundesrat am 19. August verabschiedet werden. Es muss dringend behandelt werden, also noch in der Herbstsession. Dies hat zur Folge, dass wir noch eine Sondersitzung durchführen müssen.

Kellenberger: Es handelt sich um ein einfaches Geschäft. Entsprechende Abkommen wurden bereits mit anderen Staaten ausgehandelt. Der Bundesrat kann das Abkommen auf 1. Juli 1992 provisorisch in Kraft setzen.

Die Sondersitzung der APKN wird am 4. September 1992, 08.30 Uhr durchgeführt.

Reise nach Dänemark und Norwegen

Präsident: Bis jetzt sind als Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestimmt: Grendelmeier, Steffen, Moser, Rychen, Bär, Nabholz, Vollmer, Segmüller. Von der ständerätlichen Kommission werden die Herren Delalay, Onken, Rüesch und Cavelti teilnehmen. Die Delegation wird vorher von den beiden Botschaften zu Orientierungen eingeladen.

Wahlbeobachtung in Kongo Brazzaville

Präsident: Wir bekamen sehr kurzfristig eine Anfrage, für die Wahlen in Kongo Brazzaville Wahlbeobachter zu stellen. Von unserer Kommission hat sich niemand dafür gemeldet.

M. Ruffy: La Commission a été avertie très tard. Il y a dix jours déjà j'ai reçu un téléphone d'un délégué Suisse qui va observer ces élections. On a sollicité les experts traditionnels bien avant nous.

Präsident: Eine weitere Anfrage kam für die Legislativ- und Präsidentenwahlen in Estland vom 20. September 1992. Es betrifft die Delegation je eines Mitglieds beider Räte.

Schluss der Sitzung um 17.50 Uhr

La séance est levée à 17 h 50

STAATSPOLITISCHE KOMMISSION
DES NATIONALRATES

Beilage 1

92.052 Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum

Parlamentarische Initiative der SPK-N
vom 10. Juli 1992

Konstruktives Referendum

Die Bundesverfassung wird in der Weise geändert, dass 50'000 Bürger oder acht Kantone zusammen mit einem Referendum gegen ein Gesetz oder einen Bundesbeschluss einen Gegenvorschlag einbringen können.

COMMISSION DES INSTITUTIONS POLITIQUES
DU CONSEIL NATIONAL

Annexe 1

92.052 Arrêté fédéral sur l'Espace économique européen

Initiative parlementaire de la CIP-N
du 10 juillet 1992

Referendum constructif

La Constitution fédérale est modifiée de telle manière que 50'000 citoyens ou huit cantons puissent en même temps qu'une demande de referendum contre une loi ou un arrêté fédéral de portée générale, présenter une contre-proposition.

STAATSPOLITISCHE KOMMISSION
DES NATIONALRATES

Beilage 2

92.052 Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum

Minderheitsantrag (Borel, Bühlmann, Caspar, Diener, Eggenberger,
vom 9. Juli 1992 Fankhauser, Gross, Tschäppät)

II (617)
Ziffer ~~III~~ (neu)

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Artikel 89ter (neu)

¹50'000 stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger oder acht Kantone, die verlangen, dass Bundesgesetze oder allgemeinverbindliche Bundesbeschlüsse dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, können gleichzeitig einen Gegenvorschlag einreichen.

²Das Abstimmungsverfahren richtet sich nach Artikel 121bis; das Ständemehr ist nicht erforderlich.

(Ziffer III wird zu Ziffer IV)

COMMISSION DES INSTITUTIONS POLITIQUES
DU CONSEIL NATIONAL

Annexe 2

92.052 Arrêté fédéral sur l'Espace économique européen

Proposition de minorité (Borel, Bühlmann, Caspar, Diener,
du 9 juillet 1992 Eggenberger, Fankhauser, Gross,
Tschäppät)

II (617)
Chiffre ~~III~~ (nouveau)

La Constitution fédérale est modifiée comme il suit:

Article 89ter (nouveau)

¹Les 50'000 citoyens actifs ou les huit cantons qui demandent que les lois fédérales ou les arrêtés fédéraux de portée générale soient soumis à l'adoption ou au rejet du peuple peuvent dans le même temps présenter une contre-proposition.

²La procédure de votation se déroule conformément à l'article 121bis; la nécessité de la majorité des cantons tombe.

(le chiffre III devient chiffre IV)

92.052 Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum

Minderheitsantrag (Gross; Borel François, Bühlmann, Caspar,
vom 9. Juli 1992 Diener, Eggenberger, Fankhäuser, Tschäppät)

II (bis)
III (neu)

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Artikel 89quater (neu)

¹50'000 stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger oder acht Kantone können in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs die Aenderung von Bundesgesetzen oder allgemeinverbindlichen Bundesbeschlüssen verlangen, die im Zuge der Anpassung der schweizerischen Normen an übergeordnetes Recht erlassen worden sind.

²Die Unterschriften sind innert sechs Monaten zu sammeln. Die Initiativen sind spätestens 18 Monate nach Zustandekommen dem Volk zu unterbreiten. Die Bundesversammlung kann gleichzeitig einen Gegenentwurf vorlegen.

³Ueber die völkerrechtliche Vereinbarkeit der Initiativen entscheidet der Bundesrat; ein negativer Entscheid kann an das Bundesgericht weitergezogen werden.

92.052 Arrêté fédéral sur l'Espace économique européen

Proposition de minorité (Gross, Borel François, Bühlmann,
du 9 juillet 1992 Caspar, Diener, Eggenberger, Fankhauser,
Tschäppät)

II (bis)

III (nouveau)

La Constitution fédérale est modifiée comme il suit :

Art. 89 quater (nouveau)

150.000 citoyens actifs ou huit cantons peuvent, sous forme d'un projet rédigé de toutes pièces, demander la modification de lois fédérales ou d'arrêtés fédéraux de portée générale qui ont été édictés dans le cadre de l'adaptation des normes suisses à un droit supérieur.

²Les signatures doivent être recueillies dans un délai de six mois. Les initiatives doivent être soumises au peuple au plus tard 18 mois après avoir abouti. Simultanément, l'Assemblée fédérale peut présenter un contre-projet.

³Le Conseil fédéral décide de la conformité internationale des initiatives ; en cas de décision négative, il est possible de porter le cas devant le Tribunal fédéral.

92.052 Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum

Anträge der Kommission
vom 10. Juli 1992

II Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung

Art. 19^{bis} (neu)

Bund und Kantone sorgen dafür, dass das EWR-Abkommen verwirklicht und entgegenstehendes Landesrecht nicht angewendet wird.

Art. 20 (neu)

¹Die von der Bundesversammlung beschlossenen und auf das Inkrafttreten des EWR-Abkommens notwendigen Aenderungen des Bundesrechts treten zusammen mit dem Abkommen in Kraft.

²Wird gegen einen Erlass das Referendum ergriffen und wird dieser in der Volksabstimmung abgelehnt, so tritt er unverzüglich ausser Kraft.

³Für die übrigen Aenderungen des Bundesrechts im Zusammenhang mit dem EWR-Abkommen gilt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren gemäss Art. 89ff.

Art. 21 (neu)

Gemäss Bundesrat

COMMISSION DES INSTITUTIONS POLITIQUES
DU CONSEIL NATIONAL

Annexe 4

92.052 Arrêté fédéral sur l'Espace économique européen

Propositions de la commission
du 10 juillet 1992

II Dispositions transitoires de la Constitution fédérale

Art. 19^{bis} (nouveau)

La Confédération et les cantons veillent à la mise en oeuvre de l'Accord EEE et à ce que le droit interne contraire ne soit pas appliquée.

Art. 20 (nouveau)

¹Les modifications du droit fédéral adoptées par l'Assemblée fédérale et nécessaires pour l'entrée en vigueur de l'Accord EEE entrent en vigueur en même temps que l'Accord.

²Si le référendum est demandé contre un acte législatif et que celui-ci est rejeté en votation populaire, il cesse immédiatement d'être en vigueur.

³Pour les modifications ultérieures de la législation fédérale au traité de l'EEE la procédure législative selon les articles 89ss s'applique.

Art. 21 (nouveau)

Selon le Conseil fédéral

Beilage 5

AUSSENPOLITISCHE KOMMISSION
DES NATIONALRATES

92.052 Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum

Antrag Bäumlin
vom 13. August 1992

Art. 89ter (neu) (gemäss Minderheitsantrag Borel)
wird in der Volksabstimmung separat, nicht innerhalb des Bundesbeschlusses 92.052 als
Ziffer III, abgestimmt.

COMMISSION DE POLITIQUE EXTERIEURE
DU CONSEIL NATIONAL

Annexe 5

92.052 Arrêté fédéral sur l'Espace économique européen

Proposition Bäumlin
du 13 août 1992

Art. 89ter (nouveau) (selon proposition de minorité Borel)
Cet article est soumis séparément à la votation populaire et non inclus dans l'arrêté fédéral
92.052 sous chiffre III.

Beilage 6NATIONALRAT

Aussenpolitische Kommission

Sitzung vom 13. August 1992

92.052 n Bundesbeschluss über den Europäischen WirtschaftsraumAntrag Steffen vom 13.8.1992II UebergangsbestimmungenArt. 19bis (neu) (gemäss Antrag der SPK)
streichenArt. 20 (neu) (gemäss Antrag der SPK)
gemäss BundesratCONSEIL NATIONAL

Commission de Politique extérieure

Séance du 13 août 1992

92.052 n Arrêté fédéral sur l'Espace économique européenProposition Steffen du 13.8.1992II Dispositions transitoiresArt. 19 bis (nouveau) (selon proposition de la CIP)
bifferArt. 20 (nouveau) (selon proposition de la CIP)
selon Conseil fédéralAnnexe 6

Beilage 7

Nationalrat
Aussenpolitische Kommission

Pressemitteilung:

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates tagte am 13. August in Bern, unter dem Vorsitz von NR A. Rychen (SVP/BE) und im Beisein einer Delegation der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates (SPK) mit ihrer Präsidentin NR E. Zölch (SVP/BE). Ebenfalls anwesend waren die Bundesräte A. Koller und J.P. Delamuraz sowie Vertreter der Verwaltung, unter Ihnen die Staatssekretäre F. Blankart und J. Kellenberger.

In einem ersten Traktandum nahm die Kommission Kenntnis vom Bericht und den Beschlüssen der Staatspolitischen Kommission, welche diese anlässlich ihrer Sitzung vom 9./10. Juli gefasst hatte. Diese Beschlüsse, welche den Genehmigungsbeschluss zum EWR und die Einreichung einer parlamentarischen Initiative zur Einführung eines "konstruktiven Referendums" betreffen, wurden in der Aussenpolitischen Kommission eingehend diskutiert. In anbetracht der rechtlichen und politischen Tragweite der aufgeworfenen Fragen, wurden diesbezüglich aber noch keine definitiven Entscheide gefasst, sondern eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis zur kommenden Sitzung der APKN am 17. August 1992 die Lage nochmals analysieren und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge unterbreiten soll.

Im Anschluss an diese Diskussion, fuhr die Kommission weiter mit der kapitelweisen Beratung der EWR-Botschaft.

Im Zentrum der Beratungen standen Fragen zu den materiellen Bestimmungen des EWR-Abkommens, insbesondere zum freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.

Die APK wird nach Abschluss der kapitelweisen Beratung der EWR-Botschaft und in Kenntnis der Vorschläge der eingesetzten Arbeitsgruppe am 17. August ihre definitiven Entscheide zum EWR-Genehmigungsbeschluss fassen.

Parlamentsdienste
Bern, den 13. August 1992

Annexe 7C O M M U N I Q U E D E P R E S S E

La Commission de politique extérieure du Conseil national s'est réunie le 13 août 1992 à Berne, sous la présidence de M. le Conseiller national Albrecht Rychen (V/BE) et en présence d'une délégation de la Commission des institutions politiques (CIP) et de sa présidente Mme la Conseillère nationale E. Zölch (V/BE). Etaient également présents MM. les Conseillers fédéraux A. Koller et J-P. Delámuraz ainsi que des représentants de l'Administration fédérale parmi lesquels les Secrétaires d'Etat F. Blankart et J. Kellenberger.

Sous le premier point à l'ordre du jour, la commission a pris connaissance du rapport et des décisions de la Commission des institutions politiques relatifs à sa séance des 9/10 juillet 1992. Ces décisions, qui portent sur l'arrêté relatif à l'approbation de l'Accord sur l'Espace économique européen (EEE) ainsi que sur le dépôt d'une initiative parlementaire concernant l'introduction d'un "référendum constructif", ont fait l'objet d'une discussion approfondie de la part de la Commission de politique extérieure. En raison de la portée juridique et politique des questions débattues, aucune décision définitive n'a pu être prise à ce stade de l'examen; en revanche, un groupe de travail a été institué à charge d'analyser une nouvelle fois la situation et de fournir, si besoin est, des propositions d'amélioration d'ici la prochaine séance de la commission (CPE-N) le 17 août 1992.

A la fin de ce débat, la commission a poursuivi son examen chapitre par chapitre du message relatif à l'approbation de l'accord sur l'Espace économique européen.

Au centre des discussions, ont été soulevées les questions de fond de l'Accord EEE, en particulier celles relatives à la liberté de circulation des marchandises, des personnes, des services et des capitaux.

La CPE-N prendra ses décisions définitives relatives à l'approbation de l'Accord EEE à la fin de l'examen détaillé du message sur l'EEE et après avoir pris connaissance des propositions du groupe de travail institué.

Berne, le 13 août 1992

Services du Parlement
Service de commission II